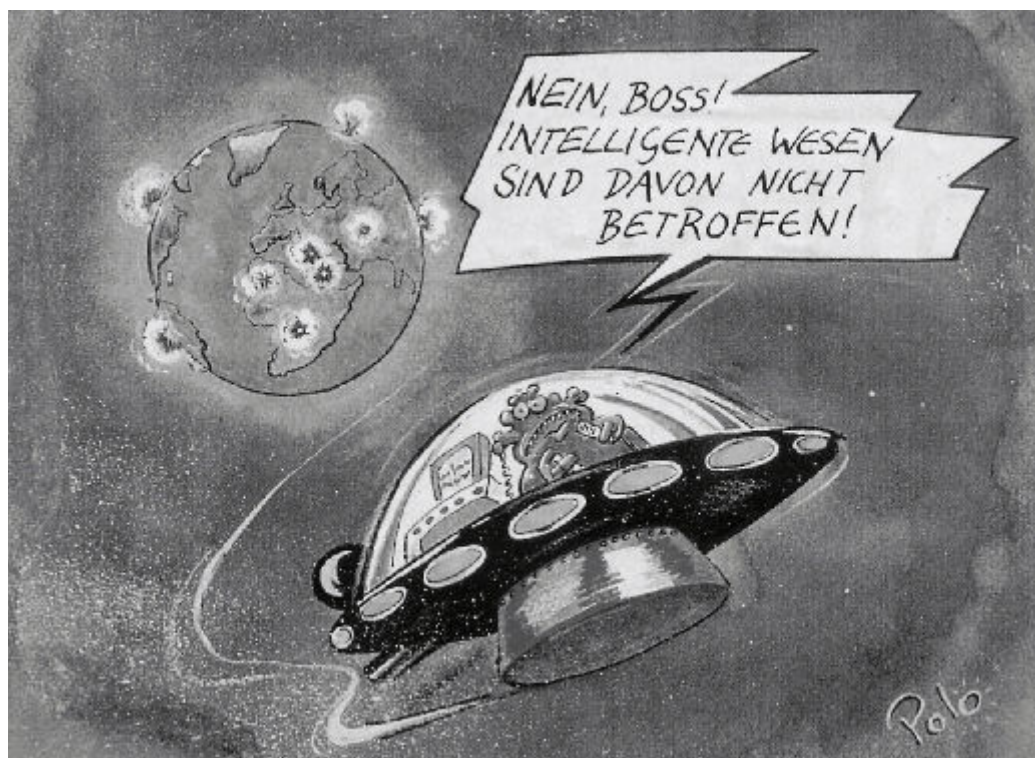


# tarantel Nr. 26

**PDS**

Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform  
bei der PDS

September 2004



Antrag der Ökologischen Plattform  
an den 9. Parteitag der PDS

Wolfgang Methling  
100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050

Götz Brandt und Helmut Horst  
Ein Bericht von der attac-Tagung  
„Mythos Wirtschaftswachstum?“

## Inhaltsverzeichnis

Wahlen - rechtsextrem <i>Petra Pau</i>	1
Antrag der Ökologischen Plattform an den 9. Parteitag der PDS	1
Workshop der Ökologischen Plattform bei der PDS am 13. November 2004, 10 - 16 Uhr	2
100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 <i>Wolfgang Methling</i>	3
Umwelthalbezeit bei Rot-Grün. Umweltverbände fordern konsequente ökologische Reformen <i>Gemeinsame Presseerklärung von BUND, Greenpeace, NABU, WWF und DNR</i>	4
Das Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts <i>Petra Pau</i>	6
Zum Flugverkehr	7
Großflughafen Schönefeld: Ab jetzt wird geklagt <i>Marko Ferst</i>	7
Rund um die Uhr fliegt die Hauptstadt <i>Reiner Metzger (taz)</i>	8
Fluglärmsgesetzentwurf darf nicht verwässert, sondern muss verbessert werden <i>Presseinformation von BUND, BVF, DAL, DNR, Robin Wood und VCD</i>	9
Verkehrspolitik in Mecklenburg-Vorpommern <i>Marko Ferst</i>	9
Berichte	13
Wachsen oder Schrumpfen? Ein Bericht von der attac-Tagung „Mythos Wirtschaftswachstum?“ vom 1. bis 3. Oktober 2004 in Haus Villigst (Schwerte/NRW) <i>Götz Brandt und Helmut Horst</i>	13
Schwarz und strahlend – CDU/CSU setzt auf Kohle und Atom. Symposium der CDU/CSU-Bundestagfraktion zur Energieforschung <i>Roland Schnell</i>	15
Wissenswertes	18
Die Tarantel-Bücherecke <i>Marko Ferst</i>	21
Informationen in eigener Sache	22
Stellungnahmen zum Beitrag „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ in Nr. 24/2004	22
E-Mail-Verteiler der Ökologischen Plattform <i>Marko Ferst</i>	22

### Kontakt:

Ökologische Plattform bei der PDS  
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin  
[oekoplattform@pds-online.de](mailto:oekoplattform@pds-online.de)  
[www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

Abb. auf der Titelseite:  
André Poloczek

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in der PDS steht Ende Oktober der 9. Parteitag ins Haus. Wichtige Tagesordnungspunkte sind erste Diskussionen zur Strategie der PDS, wozu im nächsten Jahr auch ein Kongress stattfinden soll, und Wahlen der Leitungsgremien der Partei. Mit der anlaufenden Diskussion um die Strategie wird ziemlich nahtlos an die umfangreiche Debatte ums Parteiprogramm angeschlossen und soll natürlich ein sich mit den Europa- und Landtagswahlen in diesem Jahr andeutender Prozess der Erneuerung und Konsolidierung der PDS weiter befördert werden.

Die Ökologische Plattform wünscht Erfolg in diesem Prozess. Sie wünscht aber auch, dass die PDS in ihrer Politik und in ihren Grundsatzdokumenten für alle ökologisch engagierte Menschen in diesem Lande noch deutlicher als die Partei erkennbar wird, die neben ihrer anerkannten Kompetenz in sozialen Fragen nicht bereit ist, die ihrer Lösung harrenden dringenden ökologischen Aufgaben anderen angeblieben, vor allem ökonomischen und profitheischenden, „Sachzwängen“ zu opfern. In den Vorstellungen der PDS für einen politischen Richtungswechsel in Deutschland dominieren z. Z. die sozialen Forderungen. Das ist durchaus notwendig, weil zeitgemäß, angesichts der sich verschärfenden Offensive des Kapitals und seiner Helfer gegen einstmalige Errungenschaften des Sozialstaates. Dabei wird erkannt, wie es auch im Leitantrag an den 9. Parteitag heißt, dass der notwendige Umbau der sozialen Sicherungssysteme ein Umbau zur Sicherung der sozialen **und** ökologischen Zukunft sein muss.

Das ist gut so, reicht aber nicht mehr aus. Es ist notwendig, dass sich die Partei sehr bald mit eigenen Initiativen und Projekten zu dringenden Bereichen ökologischer Politik positioniert und damit entschiedener für eine ökologische Wendepolitik eintritt. Viele Menschen in diesem Land, die von der ökologischen Politik der anderen Parteien enttäuscht sind, erwarten dies immer noch von der PDS. Ein Schritt in diese Richtung könnte ein Programm sein, wie es von der Ökologischen Plattform in ihrem Antrag an den 9. Parteitag vorgeschlagen wird.

Manfred Wolf

Redaktion für diese Ausgabe: Manfred Wolf, Detlef Franek

## Wahlen - rechtsextrem

Petra Pau

(aus: Newsletter Petra Pau, 20.09.2004)

1. In Brandenburg und in Sachsen wurde ein neuer Landtag gewählt. In beiden Parlamenten werden Abgeordnete rechtsextremistischer Parteien Sitz und Stimme haben: In Brandenburg erreichte die DVU mehr als 6 Prozent. In Sachsen kam die NPD sogar auf 9,2 Prozent.

2. Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte vorab gemahnt: Solche Ergebnisse seien schlecht, aber nicht über zu bewerten. In der Geschichte der Bundesrepublik hätten es rechtsextreme Parteien immer wieder mal in Parlamente geschafft. Und sie wären, so von Weizsäcker, nach einer kurzen und unrühmlichen Gastrolle wieder verschwunden.

3. Ich halte diese partielle Entwarnung für falsch und gefährlich. Es geht um ein tiefer gehendes Problem. Dafür sprechen Fakten. Wahlforscher hatten seit längerem ein NPD-Potential in Sachsen von 12 Prozent und für die DVU in Brandenburg von 9 Prozent ermittelt. Außerdem wurde die DVU zum 2. Mal hintereinander in den Brandenburger Landtag gewählt.

4. Erstmals in der jüngeren Geschichte gab es Wahlabsprachen von zwei bislang konkurrierenden rechtsextremen Parteien. Die NPD verzichtete auf eine Kandidatur in Brandenburg, die DVU bewarb sich im Gegenzug nicht in Sachsen. Hinzu kommt: Beide Parteien sind keine unbekanntes Phänomene mehr. Sie wurden gewollt und nicht nur aus Protest gewählt.

5. Gravierend ist der Zuspruch bei jungen Wählern. In Sachsen erreichte die NPD in dieser Wählerschicht - nach der CDU - das zweitbeste Ergebnis. Es gab Zeiten, in denen junge Menschen eher links votierten. Derzeit stehen

nationalistische und rassistische Parolen höher im Kurs. Sie prägen Regionen und ein „rechts-extremes lifestyle“.

6. Bereits zu den Kommunalwahlen im Juni 2004 hatte die sächsische NPD zahlreiche Parlaments- und staatliche Mandate erobert. Das stärkt ihre Infrastruktur. Hinzu kommt: Viele Kandidaten der NPD kommen aus der „normal-bürgerlichen Mitte“. Sie sind vor Ort als Bäcker, Arzt oder Fahrschullehrer anerkannt und dadurch auch meinungsbildend.

7. Monat für Monat befrage ich die Bundesregierung nach rechtsextremen Straf- und Gewalttaten. Im Vergleich mit anderen Bundesländern und mit der Einwohnerzahl ist Sachsen Spitzenreiter. Auch Brandenburg rangiert im Vordergrund. Die gewählte ‚Normalisierung‘ des Rechtsextremismus und seine alltägliche ‚Militarisierung‘ sind zwei Seiten einer Strategie.

8. Das alles ist bekannt. Umso schlimmer sind Versuche der CDU/CSU, auch der SPD, selbst der Grünen, NPD und PDS in einen Topf zu werfen. Sie wollten die PDS taktisch diffamieren. Heraus kam das Gegenteil: Sie machten die NPD und die DVU strategisch ‚hoffähig‘.

PS: Das dümmste und kurzsichtigste Argument für die Wahlerfolge der NPD hatte Bundesinnenminister Schily (SPD) parat: Das Bundesverfassungsgericht sei schuld, meinte er, weil es die NPD nicht - wie beantragt - verboten habe.

Ich habe das NPD-Verbotsverfahren für die PDS-Fraktion im Bundestag damals gemeinsam mit Ulla Jelpke intensiv begleitet und befördert. Die Hauptschuld daran, dass das „Verfahren verfahren“ wurde, trug Bundesinnenminister Otto Schily.

## Antrag der Ökologischen Plattform an den 9. Parteitag der PDS

Die Ökologische Plattform bei der PDS beantragt,

im Leitantrag, Kap. V, Pressedienst Nr. 36, Seite 5 zweite Spalte, Zeile 27 nach dem Wort „sozialen“ die Worte „und ökologischen“ hinzu

zu setzen und dann nach Zeile 28 folgenden Abschnitt einzufügen:

„Die von den Industriestaaten verursachte und sich weiter verstärkende globale Ausbeutung und Verunreinigung der Natur erreicht für alle Menschen dieser Erde immer gefährlichere

Ausmaße. Darüber können einzelne lokale Erfolge des Umweltschutzes, so wichtig sie auch sind, nicht hinwegtäuschen.

Die stärkste Bedrohung für die Gesundheit und das Überleben der Menschen geht von der Verunreinigung der Atmosphäre mit Klimagasen und ultrafeinen Stäuben aus, die trotz internationaler Vereinbarungen infolge weiterhin ungezügelter Energieverbrauchs weiter zunimmt.

Hier muss schnell eine Umkehr erreicht werden, für die die Industrieländer eine besondere Verantwortung haben. Sie ist in Deutschland möglich oder kann zumindest eingeleitet werden durch **ein entschiedenes, die ganze Wirtschaft umfassendes Programm der Energieeinsparung und verstärkten Orientierung auf erneuerbare Energien.**

Es geht uns insbesondere bei Energieeinsparungen um ein Programm, das nicht die soziale Differenzierung zugunsten der Wirtschaft weiter verschärft, sondern vor allem profitorientierte Verschwendung aller Art unterbindet und weitere technische und technologische Mög-

lichkeiten erschließt. Es geht um Einschränkung und nicht weiteren Ausbau fossiler Verbrennungswirtschaft.

Neben ihrem verstärkten Engagement in allen Bereichen ökologischer Politik wird sich die PDS insbesondere für die Schaffung und Realisierung eines solchen Programms einsetzen.“

Begründung:

Im Kapitel I des Leitantrages wird zu Recht gesagt, dass Klimawandel und anhaltende Gefährdung der natürlichen Umwelt andere Antworten und eine andere Politik verlangen. Dem kann voll zugestimmt werden.

Während der Leitantrag aber auf anderen Gebieten Antworten für unsere Politik bereithält, fehlen solche auf ökologischem Gebiet. Wir meinen, dass aus der Vielzahl ökologischer Aufgaben für die nächsten Jahre eine Schwerpunktaufgabe herausgegriffen werden sollte, mit der sich die PDS zunächst mal bis zu den Bundestagswahlen für alle ökologisch Interessierten wieder bemerkbar machen kann.

## Workshop der Ökologischen Plattform bei der PDS am 13. November 2004, 10 – 16 Uhr

### Thema

Sozialismus ist... eine Bewegung... gegen die Ausplünderung der Natur.  
(aus dem Programm der PDS)

Zum Programm der PDS und der Suche nach Auswegen aus der ökologischen Krise reflektieren

Prof. Dr. Wolfgang Methling,  
Minister für Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern und Stellvertreter des Vorsitzenden der PDS

und

Saral Sarkar,  
Autor des Buches „Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen“

Moderation Jörg Staude,  
Neues Deutschland, Ressortleiter für Wirtschaft und Soziales

### Ablauf

10.00 Uhr	Eröffnung	12.30 Uhr	Mittagessen
10.15 Uhr	Wolfgang Methling	13.00 Uhr	Fortsetzung der Diskussion
	Spielräume eines PDS-Ministers für sozialistische Umweltpolitik im kapitalistischen Deutschland	15.15 Uhr	Zusammenfassung durch eine(n) Vertreter(In) der Ökologischen Plattform
11.00 Uhr	Saral Sarkar		Schlusswort
	Der alternativlose Weg aus der Ökologiekrise		
11.45 Uhr	Diskussion		

## Gedanken zum Thema

*Saral Sarkar*

„Angesichts dieser Weltlage und während Millionen Menschen nach einer Alternative fragen, scheint die Linke überall wie gelähmt zu sein und ist total zersplittert. Eigentlich sollten wir alle gerade jetzt laut und offensiv sagen, dass es im Kapitalismus keine Lösung der Krisen gibt und dass eine Lösung nur in einem neu zu konzipierenden Sozialismus möglich ist.“ (aus Ökosozialismus oder Barbarei)

„Ich bin nicht der Erste, der den Begriff ‘Öko-Sozialismus’ verwendet. Viele Linke haben ihn verwendet, um ihren Sozialismus mit ihrer kürzlich entstandenen Sorge um die ökologische Nachhaltigkeit der Wirtschaft zu kombinieren. Aber die Integration beider Bestandteile ist häufig nicht überzeugend. Generell scheinen sich viele Linke immer noch zu weigern, das erste Element dieses Begriffs ernst zu nehmen. Aber SozialistInnen dürfen ihre Augen nicht vor den Fakten verschließen.“ (aus: *Die nachhaltige Gesellschaft*)

*Wolfgang Methling*

„Naturzerstörung, Arbeitsplatzvernichtung und sozialer Niedergang haben in meinen Augen häufig dieselbe Ursache: Eine Wirtschaft, die sich selbst genügt, die die Natur und die Menschen als frei verfügbare Güter betrachtet, welche sich beliebig ausbeuten, manipulieren und substituieren lassen. Will die Menschheit eine Zukunft haben, muss aber das freie Agieren der Marktkräfte begrenzt werden, wo irreversible Schäden an Natur und Gesellschaft das Ergebnis wären. Eine meiner Erfahrungen besagt aber auch, dass Verständnis insbesondere für Natur- und Umweltschutz nur dann vorhanden ist, wenn wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte der Entwicklung nicht vergessen werden. Streng ökologisches Handeln ohne soziale und wirtschaftliche Akzeptanz führt genauso in die Sackgasse.“  
(*ND-Artikel vom 9.12.2003*)

*Programm der PDS*

„Die Wirtschaft muss mit Hilfe eines sozial-ökologisch bestimmten staatlichen Rahmens und internationaler Abkommen nachhaltig in zukunftsweisende Bahnen gelenkt werden.“

## Ort der Veranstaltung

Otto-Suhr-Saal, Neues Stadthaus, Berlin Mitte, Parochialstraße 3 ( U-Bahnhof Klosterstraße )

Getränke und Mittagessen werden bereit gestellt. Spenden von 5 Euro sind dafür willkommen. Anmeldung hilft uns bei der Organisation, ist aber nicht Bedingung für Teilnahme:  
Ökologische Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel. 2411127,  
oekoplattform@pds-online.de

## 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050

*Prof. Dr. Wolfgang Methling, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft der PDS „Umwelt-Energie-Verkehr“*  
(*Nachdruck: Umweltpanorama Okt. 2004*)

So kurz und trotzdem aussagekräftig könnte das Fazit der energiepolitischen Standpunkte der PDS lauten.

Im Parteiprogramm, das im Herbst 2003 beschlossen worden ist, heißt es:

„ Eine Schlüsselrolle im ökologischen Umbau spielt die solare Energiewende. Energieeinsparung, erhöhte Energieeffizienz und die Entwicklung erneuerbarer Energien weisen den Weg aus der Sackgasse atomar-fossiler Energiewirtschaft.“

Eine der vordringlichsten Aufgaben der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten ist

der Schutz des Klimas auf der Erde. Daher brauchen wir Alternativen zur bestehenden Energie- und Stromversorgung auf der Basis fossiler bzw. atomarer Träger.

Ab dem Jahr 2010 wird mit einem erheblichen Bedarf an neuen Erzeugungskapazitäten gerechnet, der auf drei voneinander unabhängige Ursachen zurück zu führen ist:

- Viele fossil befeuerte Kraftwerke werden im derzeitigen oder kommenden Jahrzehnt das Ende ihrer technischen Lebensdauer erreichen und müssen außer Betrieb genommen werden.
- Die in Deutschland installierten Kernkraftwerke werden im gleichen Zeitraum hoffentlich weitgehend außer Betrieb genommen werden.

- Der Strombedarf wird in Zukunft bei unveränderten Verbrauchsgewohnheiten weiter steigen.

Die Versuche der Kraftwerkslobby, mit „visionären Kraftwerkstechnologien“ die Verbrennung fossiler Energieträger zur Stromerzeugung bzw. die Wiederbelebung der atomaren Technik, den Menschen in diesem Lande als Königsweg und alternativlos für eine nachhaltige Entwicklung zu verkaufen, findet keine Zustimmung durch die PDS.

Im Endbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ vom 7. Juli 2002 wird detailliert beschrieben, welche Rolle die erneuerbaren Energien in Zukunft spielen können. So stellen die Autoren fest: „Die regenerativen Energiequellen bieten ein – gemessen an menschlichen Zeitmaßstäben – unerschöpfliches Energiepotenzial, das den derzeitigen Energieverbrauch um viele Größenordnungen übersteigt. Von den drei regenerativen Energiequellen, solare Strahlung, Geothermie und Gezeitenkraft, ist die Sonnenenergie bei weitem die Größte. Die drei regenerativen Energiequellen mit ihren direkten und indirekten Nutzungsmöglichkeiten sind grundsätzlich in der Lage, alle heute und in Zukunft benötigten Sekundärenergieträger bzw. Nutzungsenergieformen Wärme, Strom und Brennstoffe bereitzustellen“.

Erneuerbare Energien seien zu teuer und verzerrten den Wettbewerb, wird ihren Befürwortern immer entgegengehalten. Zum einen widerlegen der „Kohlepfennig“ und die politische und finanzielle Verantwortung des Staates für die Entsorgung atomarer Abfälle diese Argumentation. Und zweitens wird die Konzentration

on der zweifellos begrenzten staatlichen Mittel auf die Erforschung aller noch offenen Fragen bei der Gewinnung und Nutzung regenerativer Energien perspektivisch auch kostensenkende Wirkungen haben.

Dies wird allerdings nicht von alleine und nicht von heute auf morgen geschehen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte sind aber nötig. Bei der mittelfristig noch notwendigen Nutzung von fossilen Energieträgern sollte vorrangig auf moderne Gaskraftwerke zurückgegriffen werden.

Forschung und Entwicklung müssen auf die noch ungelösten Probleme im Bereich der erneuerbaren Energien – wie z. B. Fragen der Speicherung und des Ausgleichs bei diskontinuierlicher Erzeugung - konzentriert werden. Möglichkeiten der Energieeinsparung durch Wirkungsgradverbesserungen sind konsequent zu nutzen. Und nicht zuletzt brauchen wir auch Verhaltensänderungen der Menschen, die auf der Erkenntnis beruhen, dass die Erde nicht überleben wird, wenn wir die von Menschen verursachten Treibgasemissionen, insbesondere Kohlendioxid, langfristig nicht stoppen. Fossile Energieträger sind CO<sub>2</sub>-Träger und endlich. Schon heute werden Kriege um ihre Verfügbarkeit geführt. Abgesehen von den mit der Nutzung der Atomenergie verbundenen immensen Gefahren und der völlig ungeklärten Endlagerproblematik sind auch nukleare Ressourcen begrenzt.

Aber leider ist es oft so, dass es erst Katastrophen sind, die uns zur Besinnung bringen. Dem allen möchte die PDS mensch- und umweltfreundliche Alternativen entgegensetzen.

Ein dezentrales, vollständig solares Energiesystem ist unser Ziel.

## **Umwelt-Halbzeit bei Rot-Grün Umweltverbände fordern konsequente ökologische Reformen**

*Gemeinsame Presseerklärung von BUND, Greenpeace, NABU, WWF und DNR (Berlin, 16.09.2004)*

Fortschritte bei Erneuerbaren Energien und der Ausrichtung von Agrarsubventionen, Rückschlüsse beim Klimaschutz und völlige Fehlanzeige einer ökologischen Verkehrspolitik - so bilanzieren die Umweltverbände BUND, Greenpeace, NABU, WWF und DNR die Arbeit der Bundesregierung zur Halbzeit ihrer

2. Amtsperiode. Ökologische Inkompetenz bei CDU/CSU und FDP und die zeitweilige Konjunktur von Umweltthemen beim Jahrhunderthochwasser 2002 hätten vor zwei Jahren entscheidend zum erneuten Wahlsieg von Rot-Grün beigetragen. Daraus resultierende Chancen seien jedoch weitgehend ungenutzt geblieben. Die Bundesregierung müsse für die zweite Hälfte ihrer Amtszeit einen neuen Anlauf bei dringend notwendigen ökologischen Reformen machen.

Die Umweltverbände kritisieren vor allem, dass in Konflikten zwischen verschiedenen Ressorts und zwischen Bundesregierung bzw. Bundestag und Bundesrat der Umweltschutz zumeist das Nachsehen hat. Beispiele dafür sind der weitgehend gescheiterte Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, der Streit um den Emissionshandel und die Auseinandersetzungen um Formen der artgerechten Nutztierhaltung.

Angelika Zahrt, BUND-Vorsitzende „Es ist der Bundesregierung bisher nicht gelungen, soziale und steuerpolitische Reformen mit ökologischen Fragen zu verknüpfen. Nachhaltige Finanzen, Innovation und Umweltschutz gehören jedoch zusammen. Wirtschaftsminister Clement vernachlässigt ökologische Aspekte in der Chemie- und Energiepolitik. Gleiches gilt für Verkehrsminister Stolpe bei den Investitionen in Straße oder Schiene. Wenn sich diese Herangehensweise nicht ändert, wird Deutschland seine Nachhaltigkeitsziele niemals erreichen.“

Ökologische Finanzreformen sind nach Ansicht des BUND besonders geeignet, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Lohnnebenkosten zu senken und öffentliche Etats zu sanieren. Subventionen wie die Eigenheimzulage, die das Zersiedeln fördere, fehlende Steuern im Flugverkehr und die Dieselsteuerermäßigung schädigten hingegen Umwelt und Natur.

Für Greenpeace ist die Förderung Erneuerbarer Energien in Deutschland vorbildlich: „Weltweit gibt es kein Gesetz, das Erneuerbare Energien so stark fördert und Zehntausende Arbeitsplätze schafft“, erklärt Geschäftsführer Roland Hipp. Für verfehlt hält die Umweltorganisation die Kohle- und Atompolitik sowie die Regulierung des Strommarktes. „Rot-Grün hat einfach zugesehen, wie die Energiekonzerne ihre Monopole bei den Stromnetzen missbrauchen. Überhöhte Netzgebühren treiben den Strompreis hoch, die Verbraucher werden abgezockt.“ Greenpeace sieht auch die Suche nach einem geeigneten Endlager für Atommüll gescheitert, obwohl sie Bestandteil der Koalitionsvereinbarung ist. Die Regierung folge fast immer dem Willen der Atomkonzerne und schaffe mit jedem Atomtransport nach Gorleben weitere Fakten für ein unsicheres Endlager.

Im neuen Gentechnikgesetz begrüßt Greenpeace zwar die Transparenz und die Haftungsregeln zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft. Ein schweres Versäumnis sei jedoch, dass niemand zur Verantwortung gezogen werde, wenn genmanipulierte Pflanzen die Umwelt schädigten. Auch bei den Kennzeichnungsregeln gebe es eine Lücke: Gen-

veränderte Lebensmittel müssen zwar gekennzeichnet werden, nicht jedoch Milch, Eier und Fleisch von Tieren, die mit Genpflanzen gefüttert wurden. Zudem mache die Regierung mit der geplanten Umsetzung der umstrittenen EU-Richtlinie zur Patentierung von Lebewesen einen schweren Fehler: „Patente auf Embryonen, Gene, Tiere und Pflanzen darf es nicht geben“, fordert Hipp.

NABU-Präsident Olaf Tschimpke kritisiert vor allem die Verkehrspolitik der Bundesregierung: „Der Bundesverkehrswegeplan ist eine Wunschliste zahlreicher Neubauprojekte, die oft am tatsächlichen Bedarf vorbei geplant werden. Es fehlt ein nachhaltiges, alle Verkehrsbereiche umfassendes Gesamtkonzept, das ökologische und finanzielle Ressourcen gleichermaßen berücksichtigt. Zusätzlich verzögert das Maut-Debakel die dringend notwendige Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene.“

Besonders enttäuscht ist der NABU-Präsident über schwerwiegende Versäumnisse bei der Sicherung des Nationalen Naturerbes: „Vom Beschluss, 100.000 Hektar Naturfläche der früheren DDR an Verbände, Stiftungen und die Länder zu übertragen, sind lediglich 32.000 Hektar übrig. Das ursprüngliche Naturschutzvorhaben kann nur noch realisiert werden, wenn potenziell wertvolle Gebiete wie Truppenübungsplätze oder Bergbaufolgelandschaften einbezogen werden.“ Ein entschlosseneres Vorgehen fordern die Umweltverbände auch in der Flusspolitik. „Das nach der Flut im Sommer 2002 auf den Weg gebrachte Hochwasserschutzgesetz muss nun endlich ohne weitere Verwässerungen verabschiedet werden“, sagt Tschimpke.

Die klimapolitische Bilanz von Rot-Grün fällt nach Einschätzung des WWF eher durchwachsen aus. WWF-Geschäftsführer Peter Prokosch kritisiert insbesondere das enttäuschende Ergebnis beim Emissionshandel. Der nationale Allokationsplan entspreche weder in seinen Zielen bei der Emissionsminderung, noch in seiner Struktur den Ansprüchen der Zukunftsfähigkeit. „Während man mit den Ausgestaltungsregeln des Emissionshandels die großen Verschmutzer laufen lässt, wird den kleinen Leuten beim Klimaschutz die Zeche aufgebürdet“, so Prokosch. Hier müsse beim zweiten nationalen Allokationsplan dringend nachgebessert werden.

DNR-Präsident Hubert Weinzierl bewertet die Umweltpolitik der Bundesregierung so: „Trotz einiger guter Ansätze bei der Förderung Erneuerbarer Energien und in der Agrarwende ist es der Bundesregierung nicht gelungen, den Gedanken der Nachhaltigkeit als Querschnitts-

thema in alle Politikbereiche zu integrieren. Der 'rote Faden der Nachhaltigkeit', von dem der Bundeskanzler gern spricht, wird überhaupt nicht erkennbar."

Nicht nachhaltig sei vor allem die Stromerzeugung und -nutzung hauptsächlich auf der Basis fossiler Energien. Das bis 2020 anvisierte 40-

prozentige CO<sub>2</sub>-Minderungsziel sei so nicht erreichbar. Notwendig seien drastische Energieeinsparungen, die Steigerung der Energieeffizienz z.B. durch Kraft-Wärme-Koppelung, ein energetisches Altbausanierungsprogramm sowie der entschlossene weitere Ausbau Erneuerbarer Energien.

## Das Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts

*Petra Pau  
(Rede im Bundestag)*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dem vorliegenden Gesetz soll eine EU-Richtlinie in deutsches Recht gegossen werden. Es geht um gentechnisch veränderte Organismen. Entsprechend groß sind die Kontroversen in der Landwirtschaft, in der Wissenschaft und bei Umweltverbänden. Wir erleben die Kontroverse heute auch hier im Haus. Das eigentliche Problem können wir hier im Bundestag nicht mehr lösen. Wer gentechnisch veränderte Organismen produziert, nutzt und in Verkehr bringt, der muss auch mit den Risiken leben.

Die EU hat den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen freigegeben. Die Bundesrepublik ist an EU-Recht gebunden. Folglich muss es uns vorrangig darum gehen, die Risiken zu minimieren und klare Regeln zu setzen, wer in Schadensfällen haftet.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Damit bin ich beim ersten Punkt: Die Haftpflicht und die Beweislast kann nur bei denjenigen liegen, die von gentechnisch veränderten Organismen profitieren wollen, also nicht bei denen, die traditionelle und ökologische Landwirtschaft betreiben und aus schlechter Nachbarschaft den Schaden ziehen. Aus demselben Grund lehnt die PDS einen Schadensfonds ab, der aus Steuergeldern gespeist wird.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker [SPD])

Glaubt man einschlägigen Umfragen, dann gibt es in der Bevölkerung eine große Ablehnung gegenüber gentechnisch veränderten Organismen. Das ist verständlich, zumal es bisher keine verlässliche Risikoforschung gibt. Der Kollege Ernst Ulrich von Weizsäcker hat eben sehr eindrucksvoll die Probleme und Er-

fahrungen in der Grünen Gentechnik dargestellt. Bürgerinnen und Bürger wollen völlig zu Recht wissen, was sie kaufen und verzehren. Deshalb müssen Produkte mit gentechnisch veränderten Bestandteilen entsprechend markiert sein. Bürgerinnen und Bürger wollen aber auch wissen, wo sie wohnen und leben, ob sie etwa in der Nähe von Versuchsfeldern leben, auf denen gentechnisch veränderte Organismen angebaut werden. Ich denke, es ist nicht hinnehmbar, wenn Versuchsfelder für gentechnisch veränderte Pflanzen geheim gehalten werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Helmut Heiderich [CDU/CSU] Das ist richtig!)

Transparenz und zugleich gesellschaftliche Kontrollen bezüglich Risiken und Nebenwirkungen; denn auch in der Landwirtschaft gilt: Vorbeugen ist besser als Heilen. Es gibt doch unbestritten Pflanzen, deren Verbreitung nicht begrenzt ist. Landwirte und Umweltverbände verweisen dabei immer wieder auf den Raps. Er verstreut sich über die Lande und ist obendrein winterresistent. Deshalb ist es aus meiner Sicht richtig, wenn für gentechnisch veränderte Sorten ganz besondere Auflagen gelten sollen – allemal, um eine Vermischung mit natürlichen Rapsbeständen, aber auch mit Naturschutzgebieten zu vermeiden. Wer aus guten Gründen Abstand davon nimmt, gentechnische Organismen zu verwenden, der muß auch Abstand wahren können, gerade auch vor ungewollter Verunreinigung. Das ist ein Gebot der Vernunft. Das ist ein schützenswertes der herkömmlichen Landwirte, der Imker und so weiter. Ich finde, das ist auch ein wichtiges Gut im Verbraucher- und Verbraucherschutz.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] sowie bei Abgeordneten der SPD und Bündnis 90/Die Grünen)



## Zum Flugverkehr

### Großflughafen Schönefeld: Ab jetzt wird geklagt

Marko Ferst

Es gibt etwa 4500 klagewillige Familien. Das sind ungefähr 10.000 Bürgerinnen und Bürger, die gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Großflughafen Schönefeld gerichtlichen Einspruch erheben wollen. Noch nie wurde in Deutschland in derartigem Umfang bei einem Planfeststellungsverfahren Klage eingereicht. Innerhalb dieses Prozesses brachten die Menschen, aber auch Organisationen und Kommunen 260.000 Einwendungen vor. Das sind zehn mal mehr als beim Planfeststellungsverfahren für den Flughafen im Erdinger Moos, weit ab von München. Seit Jahren kämpft der BVBB mit 5.300 Mitgliedern gegen den Großflughafen und dürfte damit die größte Bürgerinitiative in Deutschland sein.

Nur wer von den Betroffenen jetzt geklagt hat, kann seine Ansprüche auf Entschädigungen durchsetzen. Alle anderen gehen er leer aus, obwohl der Nachbar Entschädigung bekommen hat. Es geht um hohe Eurobeträge, wenn Land entschädigt werden muss und Schallschutzfenster gegen den Fluglärm nötig werden. Damit der einzelne auch eine Chance auf Erfolg hat, arbeiten zwei große Rechtsanwaltskanzleien im Auftrag des BVBB. Um klagen zu können, musste man im Jahr 2000 sich an den 130.000 Einwendungen beteiligt haben, als die Planungsunterlagen für den Großflughafen auslagen.

Die Rechtsanwälte des BVBB sehen gravierende Defizite und Abwägungsfehler in dem 1.500 Seiten umfassenden Planfeststellungsbeschluss, der am 13. August 2004 ergangen ist. Vor allen Dingen die Standortauswahl beinhaltet erheblichen juristischen Sprengstoff, weil Alternativen nie geprüft wurden. Der Lärmschutz sei völlig unzureichend berücksichtigt, ebenso militärische Altlasten und unterirdische Stollensysteme auf dem Gelände. Auch Betriebe in den Einflugschneisen, die bei einem Flugzeugabsturz eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, könnten eine Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses herbeiführen.

Laut einem Bericht der „Financial Times“ Deutschland, erklärte eine Gerichtssprecherin des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig, das Projekt Schönefeld wird nicht scheitern. Befangener kann ein Gericht eigentlich nicht mehr sein. Schlimm, dass es dann auch noch die einzige Instanz sein wird. Das Gericht versucht das Ganze als Missverständnis dar-

zustellen. Der Chefredakteur der „Financial Times“ Steffen Klusman regte sich über dieses Dementi auf. Jedes Wort in dem Bericht sei korrekt, wir wunderten uns selbst, wie offenerzig das Gericht ausplauderte.

Auch der Naturschutz ist ein spannendes Stichwort für den Großflughafen Schönefeld. Laut Planfeststellungsantrag sollen umfassende Vergrämuungsmaßnahmen für Vögel stattfinden. Für Vogelschlag gibt es am Standort ein extrem hohes Risiko, weil ein hoher Artenreichtum existiert, sehr viele Großvogelarten unter anderem. Im Bereich der östlichen Einflugschneise befinden sich unpraktischer Weise gleich mehrere Naturschutzgebiete. Wollte man erreichen, die Vögel suchen sich anderswo ihr Flugareal, müsste man die Naturschutzgebiete trockenlegen und Buschwerk, Baumgruppen und Wald abholzen. Da bliebe nichts mehr übrig von der schützenswerten Landschaft. Spätestens, wenn häufiger Vögel die Flugzeugscheiben zieren oder gar ein Flugzeugabsturz aus solchem Grund zu beklagen ist, wird die Landschaft ausgeräumt werden. Dies widerspricht allerdings dem Europarecht zu FFH- und Vogelschutzgebieten.

Mindestens 5 bis 6 Milliarden Euro wird der VEB-Flughafen dem Steuerzahler kosten, Steigerungen nach oben sind offen. Die offiziellen Zahlen von 1,7 Milliarden dürften gerade für einen Kleinflughafen reichen. Allein die Umsiedlung des Dorfes Diepensee schlug mit bisher 90 Millionen Euro zu Buche, obwohl unklar ist, ob der Flughafen je gebaut wird. Viele weitere Millionen wurden versenkt im Zuge von falschen Flächenkäufen. Für den Großflughafen in Schönefeld werden die Gelder an den Universitäten, den Theatern für soziale und ökologische Projekte Zug um Zug gekürzt. Es reicht nicht, dass beide Bundesländer pleite sind. Man muss Schulden machen bis zum Anschlag, nur um solche aberwitzigen Großprojekte aus dem Boden zu stampfen.

Insbesondere die CDU und SPD rührten diesen Politschlamassel an. Unbedingt musste der Flughafen zwischen zwei große Siedlungsachsen geklemmt werden. Mindestens 150.000 Menschen werden extrem verlärm. In dichtem Siedlungsgebiet sind überdies hohe Schäden zu erwarten, wenn es zu einem Flugzeugabsturz kommt. Die am schlimmsten Betroffenen müssen sich einen lärmsicheren Bunkerkeller ausbauen, wenn sie irgendwann in der Nacht noch mal Schlaf finden wollen, denn ein Nachtflugverbot wird es laut Planfest-

stellungsbeschluss nicht geben. Nur die lautesten Flugzeuge sollen nicht verkehren dürfen um diese Urzeit. Tagsüber kann ohne Auflagen geflogen werden. Der Verkehrsclub Deutschland hält dies für die Betroffenen nicht für zumutbar. Orte wie Selchow, Walterdorf oder Bohnsdorf-Süd müssten als Wohnort eigentlich aufgegeben werden.

Sicher ist: 15-20 Millionen Jahrespassagiere wird der neue Flughafenmoloch vermutlich tatsächlich abfertigen. Außerdem muss man den Frachtverkehr noch dazurechnen. Ein Ausbau für 30 Millionen Passagiere im Jahr ist jetzt vorgesehen. Damit werden erhebliche Überkapazitäten aufgebaut. Etwa ab 2011 soll alle drei Minuten ein Flieger über die Häuser hinwegdonnern. Dabei hätte es vernünftiger Alternativstandorte um Berlin gegeben von Stendal, Sperenberg bis Jüterbog. Nur wenige Menschen wären betroffen gewesen, eine fürstliche Entschädigung hätte gezahlt werden können. Der Naturschutz wäre streng abzuwägen gewesen. Alle Standorte sind bei entsprechender Anbindung schnell vom Berliner Zentrum aus zu erreichen.

Allerdings fragt sich wie mit dem Ausbau des Flugverkehrs die Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Doch das interessiert die Politik offensichtlich nicht. Würden die 6,6 Millionen Fluggäste, die 2003 die Berliner Flughäfen für Inlandsflüge nutzten auf die Bahn umsteigen, könnte man sich die ganze Flughafenplanerei sparen. Die Fluggastzahlen hätten sich halbiert. Bis jetzt lässt die Kerosinsteuer, die Rot-Grün im Bund anvisierte im Koalitionsvertrag von 1998 auf sich warten, die das begünstigen könnte.

## Rund um die Uhr fliegt die Hauptstadt

*Reiner Metzger  
(taz Nr. 7435 vom 14.08.2004, S. 9)*

Gestern ging wieder einmal ein Riesenplanungsverfahren zu Ende. Nach reichlichen Pannen und mehr als zehn Jahren nahm der neue Flughafen Berlin-Schönefeld vor den Toren der Hauptstadt die letzte Genehmigungshürde. Einst als größter Flughafen aller Zeiten gestartet, wird er mit den jetzt geplanten maximal 30 Millionen Reisenden pro Jahr immer noch größer als derzeit der Spitzenreiter im Lande, der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt. Mit dem Planfeststellungsbeschluss des Brandenburger Verkehrsministeriums ging ein wahres Zahlengewitter auf die geplagten künftigen Anwohner und andere Interessierte nieder.

Im Land Berlin bildete sich eine große Koalition aus SPD, CDU, PDS und Grünen, die den Großflughafen in Schönefeld für unverzichtbar halten. In Brandenburg stehen dafür CDU und SPD. Hier wollen die Grünen und die PDS einen moderaten Ausbau und Kapazitäten nach Leipzig verlagern. Verschwiegen wird aber, beide Parteien wollen den Flughafen Tegel schließen. Damit wird Schönefeld automatisch Großflughafen, denn wo sollen plötzlich die 13,1 Millionen Fahrgäste abgefertigt werden? Das sind die Zahlen von 2003. Bisher fliegen von Schönefeld im Schnitt 2 Millionen Fluggäste ab. Der Aeroport muss hoch subventioniert werden, weil die Fluggesellschaften diesen Standort nicht mögen. Mindestens eine Verzehnfachung des Flugverkehrs in Schönefeld ist realistisch. Die Grünen und die PDS tischen hier also den Bürgerinnen und Bürgern Lügnermärchen auf.

Klar gegen den Flughafenstandort und die Berücksichtigung der Naturschutzbelange sprach sich nur die „Allianz unabhängiger Bürger“ aus. Auch in anderen Regionen Brandenburgs ist der Bürgerverbund aktiv und trat zur Landtagswahl an. In der regionalen PDS und der Ökologischen Plattform bei der PDS gibt es die Forderung für ein Moratorium, damit der Standort Schönefeld noch einmal überdacht wird. Einige Abgeordnete wie einfache PDS-Mitglieder haben ein entsprechendes Schriftstück unterschrieben und der Presse vorgestellt. Doch bisher bleiben die Spitzen in Berlin und Brandenburg stur. So können die Betroffenen nur hoffen, dass der Großflughafen Schönefeld so endet wie die Chipfabrik in Frankfurt/Oder und der Cargolifter: in einer gigantischen Pleite.

Aber vor allem zu schaffen macht eine Ziffer: der 24-Stunden-Betrieb. Denn die Flugzeuge werden rund um die Uhr niedergehen, so die Planer.

Die Anwohner werden in mehreren tausend Verfahren vor Gericht noch prüfen lassen, was wirklich gestattet ist. Dabei wird ihre Nachtruhe von dem in solchen Dingen üblichen Gehakel um technische Details abhängen: Bis zu welcher Lautstärke dürfen Flugzeuge überhaupt fliegen? Die Brandenburger Behörde gibt in den Unterlagen ein so genanntes Nacht-schutzgebiet an, bei dem außerhalb der Häuser der Lärm im Schnitt maximal 50 Dezibel oder db(A) betragen darf. Das ist genau die Grenze, die das Umweltbundesamt für die kommende Novelle des Fluglärmsgesetzes vorschlägt. In diesem Gebiet muss der Flugha-

fenbetreiber Schallschutzfenster spendieren, samt Belüftungsanlage - damit die Menschen nachts nicht in ungelüfteten Zimmern schlafen müssen. Davon sind im Schönefelder Umfeld 42000 Personen betroffen - falls nicht Klagen Erfolg haben.

Der Knackpunkt dabei: „Im Schnitt“ bedeuten, es können durchaus auch lautere „Lärmereignisse“ eintreten - sprich Starts oder Landungen von Flugzeugen. Im Fall von Schönefeld sind das laut Genehmigungsunterlagen 6 Ereignis-

se pro nacht mit 70 db(A). Und 70 Dezibel ist viermal lauter als 50 Dezibel. In Schlafräumen geht das Umweltbundesamt von maximal 55 Dezibel aus - so weit müssten die „Ereignisse“ mit 70 Dezibel also heruntergedämpft werden. Allerdings werden auch bei 55 Dezibel die meisten aufwachen: Leise radiomusik hat etwa 50 Dezibel, Büroarbeit oder ein Gespräch etwa 60. Die Nachflüge sind übrigens keine Passagier-, sondern meist nur Frachtflieger. Den Anliegern kann das jedoch egal sein.

## **Fluglärngesetzentwurf darf nicht verwässert, sondern muss verbessert werden**

*Presseinformation von BUND, BVF, DAL, DNR, Robin Wood und VCD (Bonn, 13.09.2004)*

Anlässlich der Verbändeanhörung des Bundesumweltministeriums zum Referententwurf von Jürgen Trittin für ein Fluglärmschutzgesetz wenden sich Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF), Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung (DAL), Deutscher Naturschutz Ring (DNR), Robin Wood und Verkehrsclub Deutschland (VCD) gegen die massiven Versuche seitens der Luftverkehrslobby und der Verkehrsminister in Bund und Länder, die fortschrittlichsten Regelungen im Gesetzentwurf des Bundesumweltministers zu torpedieren.

Helmar Pless, Luftverkehrsexperte des VCD: „Das Gesetz stellt in seiner jetzigen Form bereits einen sehr weitgehenden Kompromiss zwischen den wirtschaftlichen Interessen und dem Schutz der betroffenen Bevölkerung dar. Die von Bundesverkehrsministerium und Luftverkehrswirtschaft geforderten Abschwächung der Lärmwerte, Rücknahme der anspruchsvolleren Werte bei Neu- und Ausbau von Flugplätzen und die Nichtanwendung der sog. 100-100-Regelung sind nicht akzeptabel.“

Das Umweltbundesamt schätzt die Kostenfolgen des Gesetzes für die Luftverkehrswirtschaft auf 500 Millionen Euro. Joachim Hans Beckers, Präsident der BVF: „Es ist schamlos und für die Fluglärmbetroffenen entwürdigend, wie die Luftverkehrslobby angesichts einer extrem langen Streckung der Kostenfolgen über 10 Jahre und einer durchschnittlichen Flugti-

cketerhöhung von weit unter einem Euro um jeden Dezibel feilscht.“ Er weist darauf hin, dass der Entwurf inzwischen auf Betreiben der Luftverkehrslobby verfassungswidrige Regelungen enthält, weil die Überschreitung der Gesundheitsgefährdungsgrenzen festgeschrieben würde. „Das ist nicht hinnehmbar.“

Werner Reh, Luftverkehrsexperte des BUND: „Das Fluglärngesetz hat seinen Namen eigentlich nicht verdient, da lediglich der passive Schallschutz an Gebäuden in Flughafennähe geregelt wird. Nun ist der Bundesverkehrsminister gefordert, auch den aktiven Lärmschutz beim Flugverkehr auf eine neue rechtliche Basis zu stellen. Insbesondere benötigen wir endlich eine rechtliche Grundlage für die Einführung von Nachtflugverboten.“

Aus Sicht von Helmut Röscheisen, Generalsekretär des DNR, hängt vom Erfolg eines fortschrittlichen Fluglärngesetzes die umweltpolitische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung ab. Röscheisen: „Der Fluglärm gehört bereits heute zu einem der größten Umweltprobleme in unserem Lande. Angesichts wachsender Betroffenheit durch den zunehmenden Flugverkehr ist ein weiteres Aufschieben des seit 30 Jahren nicht mehr überarbeiteten Fluglärngesetzes nicht hinnehmbar.“

*Ansprechpartner:*

Helmar Pless, VCD, Tel.: 0228/98585-20,  
E-Mail: helmar.pless@vcd.org

Dr. Werner Reh, BUND, Tel.: 0211/302005-16,  
E-Mail: werner.reh@bund-nrw.org

Joachim Hans Beckers, BVF, Tel.: 02102/  
931330 oder 0171-8935989,

E-Mail: joachimhans.beckers@t-online.de

Helmut Röscheisen, DNR, Tel.: Tel.: 0228/  
359005, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de

## Verkehrspolitik in Mecklenburg Vorpommern

Marko Ferst

*In der Ausgabe tarantel Nr.24 wurde ein Beispiel für die recht positiv zu bewertende Umweltpolitik in Mecklenburg/Vorpommern aus der Arbeit „Die Umweltpolitik der SPD-PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998“ dokumentiert im Bereich des Moorschutzes. Die Verkehrspolitik zählt zu diesen Vorzeigeobjekten eher nicht. Für diese ist auch der Wirtschaftsminister in der Regel zuständig. In der Arbeit findet sich noch ein weiteres eigenständiges Kapitel zum „Sündenfall“ der Rügenhochbrücke. Andererseits geht aus dem Kapitel „Umweltsicherheit im Seeverkehr auf der Ostsee“ hervor, dass der Umweltminister besonders engagiert sich für den Ostseeschutz eingesetzt hat. Die gesamte Studie steht im Internet zur Verfügung und man kann sie sich kostenlos ausdrucken: <http://www.umweltdebatte.de/index-m-v-buch.htm>*

### Autobahnen

Wirtschaftsminister Otto Ebnet geht davon aus, die Straßeninfrastruktur werde ab 2005 in Mecklenburg-Vorpommern in großen Teilen besser sein als in den alten Bundesländern. Ob dieses Ziel jedoch wirklich erstrebenswert ist, wird nicht hinterfragt. Das Land baute sein Straßennetz 2002 kräftig aus. Bund und Land investierten 400 Millionen Euro.<sup>1</sup> Immerhin kamen in der ersten rot-roten Legislaturperiode auch neue Radwege an 170 Kilometern Bundesstraße und 80 Kilometern Landesstraße hinzu.<sup>2</sup>

Der Bau der A20 wurde trotz Kritik auch innerhalb der PDS Bestandteil der Regierungspolitik. Vor der Koalitionsbildung hatte die PDS den Neubau der A20 noch abgelehnt, ließ die Forderung bei den Koalitionsverhandlungen aber fallen. Im Kontext der Landtagswahlen 2002 wagte die Partei nicht einmal, die A14 in Frage zu stellen.<sup>3</sup> Dies dürfte auch daran liegen, dass es in der PDS einige Funktionsträger gibt, die gerne Autobahnen nutzen. Aus Pressemitteilungen der SPD geht hervor, dass man nur in der Lage ist, die wirtschaftlichen Vorteile von Autobahnen zu sehen, für die

umweltpolitischen Probleme derselben jedoch nicht aufgeschlossen ist.<sup>4</sup>

Der Umweltminister geht davon aus, die A20 wird planmäßig fertiggestellt. Jedoch schränkt er ein, er hätte sich selbst eine Lösung nach skandinavischem Vorbild gewünscht. Dies würde bedeuten, nur bei ausreichender Verkehrsdichte käme eine doppelspurige Bahn in Frage, ansonsten nur eine einfache Verkehrsstraße.<sup>5</sup>

Fakt ist, die A20 mit ihren etwa 280 Kilometern Länge im Bundesland selbst stellt einen nicht ausgleichbaren Eingriff in den Landschaftsraum von Mecklenburg-Vorpommern dar. Nach Angaben des BUND fallen der Autobahn unmittelbar 1000 Hektar Land zum Opfer, etwa 60000 Hektar werden durch Lärm- und Abgasemissionen belastet. Die Lebensräume zahlreicher Tier- und Pflanzenarten werden zerschnitten.<sup>6</sup> Eine einzelne Wildbrücke zwischen Raben Steinfeld und Görslow-Süd kann dies nicht ausgleichen.

Wegen massiver Proteste gegen den Bau der A20 mussten beim Bau der Autobahn kleine Zugeständnisse gemacht werden. Bei der Errichtung der Peenebrücke wurde keine Baustraße durch das ökologisch sensible Gebiet zugelassen. An der Autobahn entstanden zahlreiche Amphibientunnel, Wildschutzzäune und Schutzwände.<sup>7</sup>

Im Peenetal wurde bei der Trassenführung faktisch EU-Recht verletzt. Auf Grund der FFH-Richtlinie wäre hier eigentlich der Schutzstatus eines Vogelschutzgebietes einzuhalten gewesen.<sup>8</sup> Das Gebiet wird jetzt zerschnitten. Überdies befindet sich im Bereich des Peenetal auch ein Landschaftsschutzgebiet, in dem bauliche Eingriffe grundsätzlich nicht zulässig sind.<sup>9</sup> Die vom Wirtschaftsministerium angeführten Maßnahmen, wie z. B. Schutzwände

<sup>4</sup> A14 Schwerin-Magdeburg kommt; Presseerklärung des Landesverbandes der SPD Mecklenburg-Vorpommern, <http://www.spd-landesverband-mv.de/druck.php?site=...>, 1.8.2002

<sup>5</sup> [http://www.nordkurier.de/chat/chatprotokoll\\_methling1.html](http://www.nordkurier.de/chat/chatprotokoll_methling1.html), 27.5.2002

<sup>6</sup> <http://www.svz.de/forum/a20/bund.html>, 5.10.2002

<sup>7</sup> <http://www.svz.de/forum/a20/>, 5.10.2002

<sup>8</sup> Im konventionell verstandenen Sinne kann bezüglich des Vogelschutzgebietes zwar darauf insistiert werden, Ausnahmen zuzulassen, wenn „zwingende Gründe des überwiegenden Gemeinwohls“ vorliegen, jedoch ist fraglich, ob die hier treibenden wirtschaftlichen Kräfte für den Bau der Autobahn ein solches beanspruchen können und ob nicht eine Ausweitung der Verkehrsinfrastruktur eine Verletzung des Klimaschutzes darstellt und damit eine Aushebelung verfassungsmäßiger Grundrechte für die zukünftigen Generationen.

<sup>9</sup> <http://www.svz.de/forum/a20/bund.html>, 5.10.2002

<sup>1</sup> <http://www.svz.de/forum/a20/vorhaben.html>, 5.10.2002

<sup>2</sup> Bilanz der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für die Wahlperiode 1998-2002, [www.mv-regierung.de/stk/doku/bilanz/Regierungsbilanz.pdf](http://www.mv-regierung.de/stk/doku/bilanz/Regierungsbilanz.pdf), 5.10.2002

<sup>3</sup> Wolfgang Rex; Mecklenburg-Vorpommern. Ein florierendes Urlaubsparadies mit Schattenseiten, Neues Deutschland, 28.12.2002

auf der Brücke als Überflughilfen für die Vögel und die Renaturisierung des östlich von Loitz gelegenen Polder Rustow-Randow können die zerstörerische Wirkung der Trasse nicht aufheben.<sup>10</sup>

Der BUND verdeutlicht, die Umweltverträglichkeitsprüfung war unvollständig, und insbesondere wurde nicht geprüft, ob es nicht am sinnvollsten gewesen wäre, die Autobahn überhaupt nicht zu bauen. Erhebliche Lücken soll es bei der Erfassung betroffener Tier- und Pflanzenarten gegeben haben.<sup>11</sup>

Die A20 ist nicht das einzige Autobahnprojekt im Nordosten Deutschlands, wenngleich es auf Grund seines Umfangs die mit Abstand tiefsten Eingriffe im Bundesland selbst bewirkt. So wird die A241 zwischen Wismar und Schwerin gebaut. Ungleich gravierendere Eingriffe stellen jedoch die Pläne von weiteren Autobahnen dar, auch wenn deren Hauptbelastung besonders in den südlicher liegenden Bundesländern zu ertragen sein werden. Geht man vom dem ausgewiesenen Planungsstand von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern aus, so ist die Vorzugsvariante dort, die A14 von Schwerin nach Magdeburg zu bauen. Dies wurde auch im Koalitionsvertrag 2002 des Landes festgehalten. Für sich allein genommen wäre diese Variante mit den vermutlich wenigsten Eingriffen in den Naturhaushalt verbunden.

Von Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde im März 2002 die Zusage gegeben, die A14 in dieser Variante mit „vordringlicher Bedarf“ auszuweisen für den Bau.<sup>12</sup> Eine X-Variante war zuvor bereits verworfen worden. Sie hätte Trassen von Schwerin nach Wolfsburg und von Lüneburg nach Magdeburg vorgesehen, die sich kreuzen. Unter anderem erhebliche Probleme bei der Berücksichtigung von Umweltbelangen führten zur Aufgabe dieser Konzeption. Offenbar ebenfalls aufgegeben wurde ein neues fünfarmiges Autobahnnetz unter Einbezug der A14. Zwei Autobahntrassen sollten von Lüneburg und Wolfsburg herangeführt werden. Sie treffen sich bei Salzwedel, und in der Nähe von Seehausen kreuzt die Bahn die A14, danach die A24 zwischen Berlin und Hamburg, und einige Kilometer südöstlich der Müritz endet sie dann.

Jetzt ist eine sogenannte „Hosenträger-Variante“ bzw. H-Variante im Gespräch, die

Trassen von Lüneburg nach Wolfsburg und Schwerin und Magdeburg vorsieht, die durch eine vierspurige Bundesstraße in Höhe Salzwedel verbunden werden. Laut Sachsens Verkehrsminister Karl-Heinz-Daerre und weiteren Veröffentlichungen kann man davon ausgehen, dass sich die H-Variante durchgesetzt hat.<sup>13</sup>

Soviel an dieser Stelle nur, um das ganze Ausmaß der Autobahnbauerei deutlich zu machen. Zumindest als ökologisch verträgliche Politik kann das nicht ausgewiesen werden, vielmehr handelt es sich um eine rücksichtslose Zubetonierung der Landschaft. Da wir in Deutschland ständig wachsende Emissionen an Klimagasen im Verkehrsbereich zu verzeichnen haben, wäre viel eher die Frage zu stellen, wie eine Verringerung der Klimalasten insbesondere im Straßenverkehr zu erreichen wäre. Der Autobahnbau wird dazu keinesfalls beitragen. Hier ist also unter der rot-roten Koalition ein umweltpolitisch fragwürdiger Kurs fortgesetzt worden. Zu berücksichtigen ist sicher, das im Vergleich mit anderen Bundesländern strukturschwache Land erhofft sich von solchen Bauten mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftsdynamik. Eine Rechtfertigung kann das angesichts der ökologischen Zukunftsgefahren nicht mehr sein.

### Bahn und Flugverkehr

Im rot-roten Koalitionsvertrag von 1998 war vereinbart worden, den Bau der Magnetschwebebahn „Transrapid“ nicht mehr zu unterstützen. Mit einer Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht wollten die PDS-Minister notfalls das Projekt zu Fall bringen.<sup>14</sup> Im Februar 2000 wurde das Projekt entgültig für diese Trasse eingestellt. Von der PDS eingeräumt wird, dass die Umverteilung der Mittel für den Ausbau anderer Verkehrsprojekte nicht erreicht werden konnte.<sup>15</sup> Dies war im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Die Absage an den Transrapid stößt zwar nach wie vor auf heftigen Protest der CDU des Bundeslandes und ihres Fraktionsvorsitzenden Eckhart Rehberg<sup>16</sup>, ist angesichts der hohen zusätzlichen Subventionen in Milliardenhöhe aus finanzpolitischer Sicht aber mehr als geboten, zumal eine Bahnverbindung parallel zur geplanten Trasse längst existiert. Überdies wä-

<sup>10</sup> siehe die Daten in: Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Wege in die Zukunft. Autobahnen in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, 2000, S.12

<sup>11</sup> <http://www.svz.de/forum/a20/bund.html>, 5.10.2002

<sup>12</sup> Verlängerung der Bundesautobahn 14 Magdeburg – Wittenberge – Ludwigslust in den Ländern Sachsen – Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Stand der Vorbereitungen, o. A., 2002

<sup>13</sup> Karl-Heinz Daerre; Nordverlängerung der A14 hat für Sachsen höchste Priorität, Volksstimme, 6.9.2002

<sup>14</sup> PDS-Minister wollen in Karlsruhe gegen Magnetschwebebahn klagen, Junge Welt, 28.11.1998

<sup>15</sup> <http://www.landtagswahlen-2002.de/Bilanz/verkehr.htm>, 1.8.2002

<sup>16</sup> Eckhardt Rehberg; Wenn sie gut verdienen, bleiben gut ausgebildete Leute im Land, Neues Deutschland, 7.8.2002

re auch eine neue Magnetbahntrasse ein empfindlicher Eingriff in die Natur gewesen. In die Infrastruktur der Bahn wurden im Jahr 2002 300 Millionen Euro vom Wirtschaftsministerium investiert. Darunter ist hervorzuheben, 70 Millionen Euro steuerte das Land bei für den Ausbau von Straßenbahnlinien.<sup>1</sup> Geschlossen werden mussten in der Legislaturperiode jedoch vier Regionalstrecken der Bahn, weil angesichts der Wirtschaftlichkeit der Strecken eine Aufrechterhaltung des Bahnbetriebs aus Sicht der Regierung nicht mehr zu finanzieren war.<sup>2</sup> Im Koalitionsvertrag von 1998 und 2002 wird jedoch festgehalten, dass die Bahndämme erhalten werden sollen und eine Trassensicherung erfolgt in den Fällen, wo eine Wiederaufnahme des Bahnverkehrs nicht ausgeschlossen werden kann. Eine weitere Strecke sollte Ende 2002 geschlossen werden. Es war aber möglich, sie zunächst für ein Jahr zu verlängern. Ohne dass sich die Nutzer für eine solche Bahnstrecke engagieren, ist ein Erhalt schwierig. Methling hofft, dass die LKW-Maut zu einem Vorteil für die Bahn wird. Eine wesentliche Ursache für die Schließung der Nebenstrecken sieht er in der Bahnprivatisierung.<sup>3</sup> In der neuen Legislaturperiode wird laut Koalitionsvertrag angestrebt, eine Modernisierung der Nebenstrecken der Bahn bis 2007 zu realisieren. Hauptstrecken sollen für höhere Geschwindigkeiten im Bahnverkehr fit gemacht werden.<sup>4</sup>

In Mecklenburg-Vorpommern werden fünf größere Flughäfen betrieben, allesamt mit roten Zahlen in den Bilanzen. So stellen Bündnis 90/Grüne im Land fest, bei 1,7 Millionen Einwohnern seien dies zu viele. Es müssten hier Landesmittel reduziert und konzentriert eingesetzt werden.<sup>5</sup> Diese Position von Bündnis 90/Die Grünen kann aus ökologischer, aber auch wirtschaftspolitischer Perspektive nur unterstrichen werden.

Von den Vorgängerkoalitionen wurden Millionenbeträge in den Ausbau der Flughäfen gepumpt, auf denen nach wie vor nur selten Maschinen landen und starten. Aber die Geldver-

schwendung geht auch unter Rot-Rot weiter. Damit z.B. der Charterverkehr auf dem Flughafen Rostock überhaupt in Gang bleibt, wird weiter subventioniert. Von dort kann man nach Nürnberg und München fliegen. Damit dies überhaupt funktionieren kann, steuert das SPD-geführte Wirtschaftsministerium allein 1,6 Millionen Euro im Jahr 2002 zu.<sup>6</sup> Wenn man die besonders klimaschädlichen Auswirkungen des Flugverkehrs in Betracht zieht, ist das zweifellos eine antiökologische Spitzenleistung in Sachen Wirtschaftsförderung. Der Gedanke der Nachhaltigkeit ist offenbar noch nicht überall in der Landesregierung angekommen. Statt den regionalen Bahnverkehr aufrecht zu erhalten, subventioniert man lieber den innerdeutschen Flugverkehr. Mit 1,6 Millionen Euro könnte man auch den Topf für Klimaschutzmaßnahmen um mehr als 50 Prozent aufstocken. In Programmen und Papieren der Bundes-PDS taucht immer wieder der Passus auf, man will die innerdeutschen Kurzstreckenflüge zugunsten von Bahnverkehr reduziert wissen aus ökologischen Gründen. Die praktische Umsetzung dieser Forderung in Mecklenburg-Vorpommern bereitet offensichtlich Schwierigkeiten.

Die Menschen müssen begreifen, dass sie das gefährlichste Ungeziefer sind, das je die Erde verwüstet hat

Friedensreich Hundertwasser

Die Grenzen des menschlichen Fortschritts zeigen sich deutlich darin, dass ein Fernsehbildschirm nie so flach sein kann wie eine Fernsehsendung.

Reinhard Lochner

<sup>1</sup> Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Wirtschaftspolitik für Mecklenburg-Vorpommern. Wirtschaftsbericht 2002. Perspektiven für die Zukunft, Schwerin, 2002, S.23

<sup>2</sup> Caterina Muth; in einem Beitrag auf der PDS-Konferenz „Für eine sozial-ökologische Zeitenwende“ am 29.10.1999

<sup>3</sup> Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

<sup>4</sup> Vereinbarung zwischen SPD und PDS über die Bildung einer Koalition für die 4. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, www.landtagswahlen-2002.de, 5.11.2002

<sup>5</sup> Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern; Programm zur Landtagswahl 2002

<sup>6</sup> ARD-Magazin „Monitor“, 21.11.2002

## Berichte

### Wachsen oder Schrumpfen? Ein Bericht von der attac-Tagung „Mythos Wirtschaftswachstum?“ vom 1. bis 3. Oktober 2004 in Haus Villigst (Schwerte/NRW)

Götz Brandt und Helmut Horst

Attac und BUND hatten zu einer Tagung über Wirtschaftswachstum eingeladen. Wirtschaftswachstum ist für die Politische Klasse eine „heilige Kuh“. Die Neoliberalen – ihre Interessenverbände und Meinungsmacher, Bundesregierung und Oppositionsparteien - haben es geschafft, bei den Menschen die Überzeugung zu verankern, dass sich mit Wirtschaftswachstum alle politischen, ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme lösen lassen. Aber da wir schon jahrelang nur ein geringes Wirtschaftswachstum haben, das eher ab- als zunehmen wird, können die Probleme darüber offensichtlich nicht gelöst werden. Die Wahl des Themas war also hochaktuell und hochbrisant, denn auch bei den attac-Anhängern gibt es keine einheitliche Meinung, ob gar kein Wachstum oder „qualitatives“ Wachstum die richtige politische Lösung wäre. Klar ist in der attac-Bewegung, dass mit dem Wirtschaftswachstum Machtfragen gekoppelt sind, die im Weltmaßstab zur Umverteilung von Arm zu Reich und von Süd zu Nord führen. **Ziel der Veranstalter war es, in der attac-Bewegung politische Impulse auszulösen.**

Vorangestellt wurde eine **Begriffsklärung**: „Wachstum“ ist eine Volumenaussage und „Entwicklung“ ist eine Qualitätsaussage. Wachstum wird üblicherweise am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen. Dieser Maßstab wäre aber unzureichend, weil nur die statistisch erfasste Geldwertschöpfung, nicht aber die Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit und schon gar nicht die unbezahlte Arbeit von Frauen, aber auch Männern, in der Familie, Kindererziehung, Renovierung usw. erfasst wird, die 2/3 der „wirtschaftlichen Gesamtleistung“ ausmachen. Erfasst wird über das BIP also nur die marktvermittelte über Geld koordinierte Ökonomie. Diese enge Auffassung des Wirtschaftswachstums kann nach attac-Konsens nicht Grundlage für Nachhaltigkeitsüberlegungen sein. Besser ist schon das vom Wuppertal-Institut vorgeschlagene „Ökologische BIP“, das den Material- und Energieumsatz einer Wirtschaft zum Maßstab hat. Aber auch diese Kennziffer kann nicht das „gute Leben“, also das „Wachstum der Le-

bensqualität“ messen, was immer man sich darunter vorstellen mag.

Als **Triebkräfte für das Wirtschaftswachstum** wurden das exponentielle Zinswachstum und die kapitalistische Wirtschaftsordnung erkannt. Unter Berufung auf Marx-Erkenntnisse wurde der Wachstumszwang durch die Profitwirtschaft als Kern des kapitalistischen Wirtschaftssystems gesehen. Ohne Wachstum kann das kapitalistische System nicht existieren, es gerät schon bei „Nullwachstum“ in eine instabile Situation, war die Meinung von Prof. Priewe.

Dass uns das Wachstum der Wirtschaft vor allem in den Industrieländern schneller zum Klimawandel und zum Ressourcenaufbrauch führen, darüber sind sich alle Attacis im Klaren. Deshalb wird eine „**Entkopplung**“ des Wirtschaftswachstums vom Natur- und Umweltverbrauch gefordert. Hier wird zwischen „**relativer**“ Entkopplung, wenn die Wirtschaft schneller wächst als der Umweltverbrauch, und „**absoluter**“ Entkopplung, wenn der Umweltverbrauch schrumpft, unterschieden. Eine prinzipielle Abkopplung der Produktion vom Naturverbrauch wurde von einigen Rednern der Tagung für nicht möglich gehalten, allenfalls eine „graduelle“ Abkopplung wäre möglich. Alle bisherigen Mahnungen der Wissenschaft, unter anderen des Club of Rome, den Ressourcenverbrauch um den Faktor 10 zu senken, verhallen ungehört. Der Rohstoff- und Energieverbrauch nimmt weltweit zu. Es wurde über die Forderung nach **stofflichen „Leitplanken“** für die Wirtschaft diskutiert, die über staatliche Steuern auf die Produkte erzwungen werden sollen. Außerdem wurde eine „**Öko-Effizienz-Revolution**“ im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Innovationspolitik eingefordert und auch das Anstoßen einer „**Suffizienz-Debatte**“. Das sind alles kluge Vorschläge, nur, die Bundesregierung und die Wirtschaft machen sie sich nicht zu Eigen.

Auch die Bundesregierung tritt für Wirtschaftswachstum als den „Problemlöser“ überhaupt ein. Bei Wachstum würde das Einkommen bei allen steigen (rising tide lifts all boats), die Beschäftigung würde steigen, die Armut würde reduziert, der Haushalt könne konsolidiert werden und die soziale Sicherung hätte ein soli-

des Fundament.

Attac hat sich zu diesen Behauptungen der Politiker geäußert: Wachstum bringt nicht mehr Wohlstand, weil das BIP ein Maßstab für die Wirtschaftsaktivität ist und kein Indikator für Wohlstand. Das BIP sagt nichts über die Verteilung des Wohlstandes aus. Wachstum bringt auch nicht mehr Beschäftigung. Trotz permanenten Wachstums, wenn auch im letzten Jahrzehnt gering, ist die Arbeitslosigkeit ständig gestiegen. Im Gegenteil, die geringere Zunahme des BIP wird immer wieder missbraucht, um Sozialabbau und Umweltzerstörung zu rechtfertigen. Diese Verringerung hängt nach attac-Meinung mit dem Entwicklungsniveau der Volkswirtschaft zusammen. Industriegesellschaften haben generell ein geringeres Wachstum als die aufholenden Volkswirtschaften in Indien und China. Eine Entkopplung von Stoffströmen und Wertströmen, wie von der Bundesregierung versprochen wird, kommt bei höheren BIP-Wachstumsraten auch nicht zu Stande. Ein Wirtschaftswachstum von nur 1% bedeutet bei uns immer noch exponentielles, also krebsartiges Wachstum! Weltweit ist eine Zunahme von Material- und Energieverbrauch zu verzeichnen.

Aus diesen Zusammenhängen schlussfolgern attac-Anhänger, dass man in der wirtschaftspolitischen Diskussion **auf den BIP-Indikator verzichten sollte und besser andere alternative Indikatoren wählt** (GPI oder ISEW).

Auf der Tagung kamen auch Befürworter des Wirtschaftswachstums zu Wort. Prof. Rademacher (Mitglied des Club of Rome) forderte einen Globalen Marshall-Plan, der bei 10-fach geringerem Materialaufwand bis 2050 eine Verzehnfachung des BIP ermöglichen soll. In der reichen Welt soll das BIP in den nächsten Jahren um das Vierfache und in der armen Welt um das Vierunddreißigfache wachsen. Nur dann könne sich die Welt friedlich weiterentwickeln. Die Entkopplung des BIP vom Material- und Energieverbrauch soll durch Innovation erfolgen.

Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung schätzte diesen Marshall-Plan als weiteres Mittel zur Ausbeutung der Dritten Welt ein und lehnte ihn ab. Der Norden soll aufhören den Süden auszubeuten. Wichtiger sei die Stärkung der UNO als Gestaltungsmacht, die Reform anderer internationaler Organisationen, insbesondere der WTO, und regionale Ansätze zur Hilfe ohne Bevormundung aus dem Norden. Weiterhin schlug sie vor, die ökologischen Kosten in die Preise zu integrieren (**Internalisierung**) und mehr Anreize für ökologische Innovationen zu schaffen. Als Maßstab schlug sie ein Ökosozialprodukt vor, das

den Rohstoff- und Energieverbrauch misst und den Umweltverbrauch als Minus einbringt. Ihr Appell war: „Wir müssen aufhören, die Dritte Welt auszuplündern“, was ihr viel Beifall einbrachte.

Attac hat in seinem auf der Tagung verteilten **Memorandum „Wege zu einer Alternativen Wirtschaftsordnung“ (3. Entwurf 09/04)** zur nachhaltigen Entwicklung folgende **Leitbilder und Leitideen** vorgestellt, die durchaus noch kontrovers diskutiert werden.

- „Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung setzt die Abkehr von einer Fortschritts- und Entwicklungsidee voraus, die auf Wirtschaftswachstum basiert“
- Wir sind heute bereits jenseits der Tragfähigkeit der Erde.
- Vorangehen müssen die industrialisierten Länder, die mit einem übermäßigen Ressourcenverbrauch die Lebenschancen der Menschen im Süden und der künftigen Generationen verringern.
- Alternative Indizes zum BIP, wie z.B. GPI (Genuine Progress Indicator) zeigen, dass in den Industriestaaten der Wohlstand bei anhaltendem BIP-Wachstum sinkt.
- BIP-Wachstum als makroökonomisches Ziel muss aufgegeben werden.
- Eine Ökonomie im stationären Zustand (Steady-State-Economy) muss die Netto-Durchlaufmenge der Weltwirtschaft bei Material und Energie auf einem nachhaltigen Niveau konstant halten. Sinkende Stoffströme können dabei auch zu einer Schrumpfung des BIP führen.
- Eine Kontrolle der Bevölkerungszahl ist notwendig, um den stationären Zustand absolut zu halten.
- Ein „Nachhaltiges Wachstum“ oder besser eine „Nachhaltige Entwicklung“ ist bisher nicht erreicht worden, weil das Produktionswachstum die technischen Gewinne bei der Umwelteffizienz überkompensiert hat, und die absolute Umweltbelastung in wichtigen Bereichen steigt.
- Es wird keine rein technische und technologische Lösung des Umweltproblems geben, sondern es ist vielmehr ein tief greifender struktureller Wandel notwendig, der den Rohstoffverbrauch der Industrieländer um 90 % senkt. Das ist bei weiterer Globalisierung, Liberalisierung des Welthandels und Produktionswachstum nicht möglich.
- Nachhaltiges und verteilungsgerechtes Wachstum durch Änderung der Produktionstechnologien und des Konsumverhaltens sowie Entkopplung der Produktion vom Naturverbrauch ist eine mögliche, wenn auch ökologisch problematische Op-



- tion.
- Wenn Gerechtigkeit ohne Wachstum hergestellt werden soll, dann muss man in die Besitzstände eingreifen.
  - Kapitalismus ohne Wachstum ist nicht möglich. Die Finanzmärkte erzwingen Wachstum.
  - Eine Diskussion über Wachstum darf sich nicht aufzwingen lassen, sondern im **Vordergrund müssen die ökologischen,**

**sozialen und ökonomischen Zielstellungen und entsprechende Realisierungskonzepte stehen,** bei denen Wachstum als Wirkungsfaktor sowohl negative als auch positive Effekte bringen kann. Wachstum ist kein Ziel an sich, sondern im Politikverstand von attacke allenfalls ein Mittel zur Erreichung von Zielen.

## **Schwarz und strahlend - CDU/CSU setzt auf Kohle und Atom. Symposium der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Energieforschung**

*Roland Schnell*

Als verlässliche Interessensvertretung für Kohle und Atom versuchte sich die CDU bei ihrem „Symposium Energieforschung“ am 20. September in Berlin zu profilieren. Bereits in ihrem einleitenden Referat stellte die Bundestagsabgeordnete Katharine Reiche, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, die These auf, dass die Energieforschung in Deutschland von „ideologisch geprägten Denkverböten“ bestimmt werde, womit ihre Kollegen Dr. Peter Paziorek, als umweltpolitischer Sprecher und Dagmar Wöhl, als wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion in erster Linie den Ausstieg aus der Kernenergie meinten, aber auch eine mangelnde Förderung von Grundlagenforschung im Bereich der konventionellen Energien konstatierten. Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass es durchaus sachliche Gründe für den Atomausstieg, angefangen von Sicherheitsproblemen im laufenden Betrieb bis hin zur Frage einer sicheren Endlagerung des radioaktiven Materials gibt und dass Kernkraft in Deutschland, ebenso wie in einigen anderen Ländern politisch nicht mehr durchsetzbar war.

CDU und CSU sind fest entschlossen eine Wende um 180 Grad herbeizuführen. Der steigende Energiebedarf sei nur durch verstärkte Nutzung von Kohle, Öl, Erdgas und Atomkraft zu befriedigen und dafür müssten jetzt die Weichen gestellt werden. „Allein in den kommenden 10 bis 20 Jahren muss etwa die Hälfte aller Kraftwerke in Deutschland ersetzt werden, sagte Paziorek und versprach sich davon eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Eine Bestätigung ihres forschungspolitischen Kurses erwartete die CDU/CSU-Fraktion von den eingeladenen Experten. Sowohl Dr. Günter Janeschitz als auch Dr. Klaus Hassmann

formulierten die Interessen ihrer jeweiligen Großforschungsinstitute, die vor einigen Jahrzehnten in Karlsruhe und Jülich mit dem alleinigen Ziel aufgebaut worden waren, die Kernkraft nutzbar zu machen. Von jemand wie Janeschitz, der selbst in einem Programm zur Kernfusion arbeitet, kann man kaum etwas anderes erwarten, als das Versprechen, dass damit alle Energieprobleme gelöst werden könnten. Ein funktionstüchtiger Fusionsreaktor war zwar seinerzeit schon für das Jahr 2000 versprochen worden. Nun soll er 2050 in Betrieb gehen, was heute die Möglichkeit bietet, ihn nun als besonders umweltfreundlich anzudienen, weil er kein klimaschädigendes Kohlendioxid ausstößt. Beide forderten nicht nur eine verlässliche Finanzierung von Forschung und Entwicklung, sondern sprachen auch davon, dass die Mittel eine „kritische Größe“ nicht unterschreiten dürften, weil sonst die mühsam herangezöchteten Spitzenforscher ins Ausland oder in andere Bereiche abwandern würden und teuer erworbenes Know-how unwiederbringlich verloren ginge.

Von einer solch liebevollen Zuwendung kann die Forschung zu alternativen und erneuerbaren Energiequellen nur träumen. Helmut Lamp sitzt nicht nur für die CDU im Bundestag, sondern ist auch Vorsitzender des Bundesverbands Bioenergie (BEE). Weniger als 1% der Forschungsförderung sei nach seiner Rechnung der Bioenergie zugute gekommen, die inzwischen 2/3 erneuerbaren Energien liefert und damit 2% des Primärenergieverbrauchs deckt. „Ein Blick in die EU-Nachbarländer zeigt: 10 bis über 20% Anteile regenerativer Energien am Gesamt-Energieverbrauch sind kurzfristig erreichbar“ sagte Lamp und betonte, dass Deutschland mit Ausnahme der Windkraft, alles andere als führend sei. Mit provokanten Formulierungen, wie „Es wäre fatal für unser Land, wenn es Bedenken trögern und

Rückwärts-Lobbyisten ein weiteres Mal gelänge, Innovation und Zukunftstechnologien zu verschleppen oder ganz auszubremsen“ kann auf Beifall hoffen, seine Glaubwürdigkeit ist allerdings in Frage zu stellen, wenn er gleichzeitig davon überzeugt ist, dass die „Kernenergie eine anhaltende Renaissance erleben wird“.

Dabei soll Deutschland kräftig mitmischen und wie gewohnt durch Export von Technologie und Know-how kräftig verdienen. Fatalerweise war es ausgerechnet der Vertreter der Großindustrie, der hier nicht umhin kann, die Sachlage zu erläutern. „Wenn Sie ein neues Kernkraftwerk wollen, dann können Sie das nicht in Deutschland bestellen“ erklärte Nikolaus Vormeyer von Siemens kühl „Wir haben die Aktivitäten der KWU in ein Joint-Venture mit einer französischen Firma eingebracht“. Möglicherweise würde die Dampfturbine in Deutschland gebaut, aber die Turbinen von Siemens könnten genauso gut in thermischen Solarkraftwerken ihren Dienst tun oder den Wirkungsgrad fossiler Kraftwerke verbessern. Kernkraft sei bei der Investitionsrechnung „nicht so kompetitiv“ und die von der CDU als Frühlingsbote gefeierte Bestellung eines Reaktors für Finnland sei eine eindeutig politische Entscheidung gewesen.

Die Schwäche der von CDU/CSU bemühten nationale Karte konnten die eifrigsten Verfechter der Kernenergie schwer verbergen. Die Aufwendungen für neue Reaktoren, vor allem für die Fusionsforschung sind so gewaltig, dass es nicht mehr ohne einen internationalen Forschungsverbund geht, an dem selbst Russland und China beteiligt sind. Für die vage Hoffnung im Jahr 2035 mit einem kommerziell arbeitenden Fusionsreaktor auf den Markt zu kommen, werden in den nächsten 10 Jahren 5 Milliarden € ausgegeben. Nicht gerade neu ist dabei das Versprechen, dass damit nicht nur Strom erzeugt werden kann, sondern es soll die Temperatur von 700 bis 900 Grad genutzt werden um Wasserstoff herzustellen. Zu diesem Zeitpunkt wäre mit der Brennstoffzelle ein weiteres High-Tech-Produkt serienreif, das die Atomkraft in den Antrieb von Straßenfahrzeugen umlenken soll. Wieder war es der Mann von Siemens, der darauf hinweisen musste, dass man Wasserstoff eigentlich sofort aus Off-Shore Windkraftanlagen oder Solarkraftwerken in der Wüste anbieten könnte und empfahl, verschiedene Szenarien zur Energieversorgung zu entwickeln und zu vergleichen. Die Sinnhaftigkeit dieses Vorschlags ergab sich aus einer Broschüre, die ExxonMobil an die Teilnehmer verteilen ließ und in der die Überlegungen zur Energieversorgung der Zu-

kunft übersichtlich aufbereitet waren. „Alle Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass die Brennstoffzelle auf Wasserstoffbasis bei Berücksichtigung des Gesamtsystems die Kohlendioxidemissionen im Vergleich zum Hybridantrieb nur begrenzt um 11 bis 35 Prozent reduziert“ heißt es dort und stellt, nachdem auf die Probleme einer Wasserstoffwirtschaft beschrieben wurden, die Frage: „Bei der Größe der erforderlichen Investitionen muss sich jede Volkswirtschaft die Frage stellen, inwieweit eine Umstellung auf Wasserstoff tatsächlich möglich ist. die Ursache für den hohen Kapitalbedarf besteht darin, dass die vorhandene Erdgasinfrastruktur aus technischen Gründen nicht [...] genutzt werden kann“. Eine Position, die ExxonMobil aus seiner Beteiligung an Projekten zur Anwendung von Brennstoffzellen gewonnen hat und die selbst vom Energieministerium der USA geteilt wird.

Es ist abzuwarten, wie ernst das Angebot von Axel Fischer, Berichterstatter für Energieforschung der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion gemeint war, die Diskussion „technologieoffen“ zu führen und dann Schwerpunkte zu setzen. Das Konzept des Symposiums am 20. September 2004 und die Warnung, dass man „keine rückwärts-gewandte Risikodebatte“ führen wolle, geben allerdings Grund zu der Annahme, dass dem alten Dinosaurier Kernkraft wieder Leben eingehaucht werden soll. Man wird sehen, welches Gehör man dem Vertreter der Geothermie schenken wird, der in der Diskussion versprach, dass man allein mit Erdwärme 100% des Energiebedarf, sowohl in der Grund- als auch in der Spitzenlast erzeugen könnte und dafür keine riesigen Forschungseinrichtungen mit einer garantierten jährlichen Steigerung des Etats um 5 % wie die Anhänger der Kernkraft verlangte.

Es mag auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu denken geben, dass ihre Visionen nicht einmal mehr von der ihr eigentlich nahestehenden Großindustrie geteilt werden. Mittelständische Unternehmen und Handwerker wissen ohnehin, dass ihre Chance bei den erneuerbaren Energien und bei der Erhöhung der Energieeffizienz liegt. Völlig zu recht fragte Helmut Lamp „Wo ständen wir heute, wie viele Arbeitsplätze hätten wir bereits schaffen können, wenn wir in den vergangenen Jahren nur 10% der Energieforschungsmittel für die Entwicklung heimischer, umweltfreundlicher Energien bereitgestellt hätten?“ aber er verdrängt, dass er damals schon im Deutschen Bundestag gesessen hat und Helmut Kohl Bundeskanzler war.

## Wissenswertes

### Umwelt- und Landwirtschaftsminister Müller und Umweltverbände für Bundeskompetenz beim Natur- und Umweltschutz - Chance für Umweltgesetzbuch durch Föderalismusreform

*Pressemitteilung 12/2004 (Bonn, 20.08.2004)*

Völlige Übereinstimmung erzielten die Vertreter des Deutschen Naturschutzring (DNR), des BUND Schleswig-Holstein und des Landesnaturschutzverbandes Schleswig-Holstein (LNV) mit Umwelt- und Landwirtschaftsminister Klaus Müller bei ihrem Gespräch über die anstehende Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern.

"Eine konkurrierende Gesetzgebung des Bundes für den gesamten Bereich des Natur- und Umweltschutzes verhindert drohende Sanktionen wegen der unzureichenden Umsetzung von EU-Recht und ermöglicht ein einheitliches Umweltgesetzbuch. Diese Konzentration und Vereinfachung von Vorschriften stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland", betonte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Umwelt und Landwirtschaftsminister Klaus Müller kündigte an, sich in der Debatte um die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung für eine deutliche Vereinfachung des Umweltrechts in Deutschland einzusetzen. Dazu sei eine Übertragung von Länderkompetenzen auf den Bund erforderlich, verbunden mit Öffnungsklauseln für die Länder. "Die Länder müssen dabei die Möglichkeit erhalten, über die Bundesstandards zugunsten des Natur- und Umweltschutzes hinauszugehen", sagte die Landesvorsitzende des BUND Sybille Macht-Baumgarten. Derzeit verfügt der Bund lediglich über eine Rahmengesetzgebung im

Naturschutz und beim Wasserrecht. Das moderne medienübergreifende EU-Recht muss deswegen in Bundes- und Landesrecht aufgeteilt werden. Dies führt zu den bekannten Umsetzungsdefiziten. "Der bürokratische Aufwand dafür ist enorm, weil neben dem Bundesgesetz zusätzlich noch 16 Landesgesetze erlassen werden müssen", beklagte Ragnar Schaefer vom LNV. Wirtschaftsvertreter beschwerten sich immer wieder über die unterschiedlichen Standards bei Genehmigungsverfahren im Umweltbereich, eine Folge der unterschiedlichen Gesetzgebung durch die Länder. Darüber hinaus forderte Umwelt- und Landwirtschaftsminister Klaus Müller für die Länder das Recht zur Erhebung von Umweltabgaben.

Die Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung unter der gemeinsamen Leitung von Ministerpräsident Edmund Stoiber und dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering will ihre Empfehlungen in den nächsten Monaten vorlegen. Damit soll die durch die enge Verflechtung von Bund und Ländern bei der Gesetzgebung eingetretene Lähmung überwunden werden.

#### *weitere Informationen:*

Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär, Tel. 0228/359005

Hans-Jörg Lüth BUND, Tel. 0431-66060-0  
Ragnar Schaefer LNV, Tel. 0431-93027

### DNR-Präsident Weinzierl misstraut Ökooffensive der CSU "Stoibers Umweltpolitik unglaubwürdig"

*Deutscher Naturschutzring (DNR), Pressemitteilung 14/2004 (Wiesenfelden, 14.09.2004)  
Christoph Markl-Meider, Deutscher Naturschutzring Presse*

Der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hubert Weinzierl, hat heute auf die Widersprüche im umweltpolitischen Kurs der

CSU hingewiesen und diese scharf kritisiert. „Die Ankündigung einer Umwelt-Offensive durch den CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber und dessen gleichzeitige Forderung, die Öko-steuer zu senken, beweisen einmal mehr die Unglaubwürdigkeit der bayerischen Nachhaltigkeitspolitik“, sagte Weinzierl in Wiesenfelden (Niederbayern).

Er forderte Stoiber auf, für eine zukunftsfähige Energiepolitik einzutreten, statt über gestiegene Kraftstoffpreise zu jammern. „Energiesparende Drei-Liter-Autos oder die Fortentwicklung erneuerbarer Energietechnologien könnten zum Exportschlager werden und Arbeitsplätze sichern“, sagte Weinzierl.

Nach Ansicht des DNR-Präsidenten ist die Ökosteuern heute ein zentrales und bewährtes Instrument der Umweltpolitik in Deutschland und darüber hinaus. „Mit populistischen

Stammtischparolen gegen sinnvolle Maßnahmen lässt sich keine ökologische Offensive gestalten“, mahnte Weinzierl.

*weitere Informationen:*

Deutscher Naturschutzring (DNR), Präsident Hubert Weinzierl, 94344 Wiesenfelden, Tel. 09966-777, Fax 09966-490, E-Mail [h.weinzierl@bund-naturschutz.de](mailto:h.weinzierl@bund-naturschutz.de), Internet [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## Effizienz-Sprünge bei der Solartechnologie?

Wie bei der **Windenergie** in den letzten 15 Jahren, so stehen jetzt auch bei der **Solarenergie** Effizienzfortschritte auf dem Programm. Ein heutiges modernes Windrad kann etwa acht mal mehr **Strom** produzieren als die Windräder, die vor 15 Jahren aufgestellt wurden. Da will die Photovoltaikbranche nicht nachstehen. In den letzten 10 Jahren waren die Effizienzsteigerungen eher bescheiden. Aber jetzt kündigte das US-Unternehmen Konarka an, bis 2005 **Solarzellen** mit doppelter Effizienz gegenüber heute auf den Markt zu bringen. Mit Silizium werden bisher höchstens 25 Prozent, in der Praxis knapp 20 Prozent, der **Sonnenenergie** in **Strom** umgewandelt. Forscher der University of California haben eine neue Materialkombination gefunden, mit der eine Effizienz von mehr als 50 Prozent erreicht werden soll und die auch preisgünstig zu produzieren sei.

Die Wissenschaftler des Los-Alamos-Laboratory wollen mit einem ganz neuen Verfahren noch wirkungsvollere Solarzellen produzieren. Projektleiter Victor Klimov: „Prinzipiell ist es mit unserem Verfahren möglich, 60 Prozent der Sonnenenergie in Strom um zu setzen.“ Solarmodule bestehen aus miteinander verschalteten Solarzellen. Bei Lichteinfall auf eine Solarzelle wird ein Photon absorbiert. Das Lichtpartikel setzt ein **Elektron** frei und erzeugt so Strom. Die Wissenschaftler von Los-Alamos-Laboratory wollen durch Ionenbeschuss bei einem **Elektron** nicht ein Teilchen, sondern zwei Strom führende Teilchen freisetzen. So wollen sie den heute möglichen **Wirkungsgrad** mehr als verdoppeln. Wenn die neuesten Forschungserkenntnisse praktikable Realität werden, wird das einen zusätzlichen Aufschwung für die Solarbranche weltweit bedeuten.

## Erste Solarfabrik in Mecklenburg-Vorpommern

Im deutschen Nordosten werden schon 25 Prozent allen Stroms alternativ gewonnen. Meistens über Windräder. Doch jetzt wird in Mecklenburg-Vorpommern von der Firma Solon eine Solarfabrik gebaut, die auf Anhieb 100 Jobs bieten und damit in Greifswald zweitgrößter Arbeitgeber sein wird. Dabei wurde das Werk erst im März 2004 beantragt. Dieses rasante Wachstum passt zur ganzen Solarbranche. Heute ersetzen 16.000 Windräder bereits

fünf Atomkraftwerke. Bald wird in Deutschland auch so viel Strom aus Photovoltaik-Anlagen produziert wie ein AKW produzieren kann. Die Solarbranche erwartet 2004 etwa 100 Prozent Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, das sind 300 Megawatt installierte Leistung. Solon kündigt bereits an, den Greifswalder Standort über die 100 Jobs hinaus erweitern zu wollen. Zur Zeit werden in Deutschland ca. 20 neue Solarfabriken gebaut.

## Deutsche verbrauchen 230 Kilogramm Papier pro Jahr

[www.treffpunkt-recyclingpapier.de](http://www.treffpunkt-recyclingpapier.de)

Der vom Bundesumweltamt publizierte "Kritische Papierbericht" bringt es an den Tag. Im Durchschnitt verbraucht jeder Deutsche 230 Kilogramm Papier pro Jahr. Das ist Weltspitze. Es gab durch neue Technologien in den letzten Jahren zwar Fortschritte bei der Umweltbelastung durch Papierproduktion, aber diese wurden durch Mehrproduktion von Papier wieder wettgemacht. Der Papiermarkt wächst global um vier Prozent pro Jahr. Obwohl Papierfasern bis zu sechsmal recycelt werden können,

wird Papier in Deutschland nur ein bis zweimal wiederverwertet. Der deutsche Papierhunger vernichtet Wälder in Skandinavien und Indonesien. Weltweit verschwinden jedes Jahr 160000 Quadratkilometer Wald. Es werden immer mehr. Aber in Deutschland werden nur 60 Prozent des nachwachsenden Holzes genutzt - 40 Prozent verrottet, häufig zur Freude der Borkenkäfer. Unter der Schirmherrschaft des Umweltbundesamtes und der Umweltminister in den beteiligten Bundesländern arbeitet die Initiative 2000plus seit 1999 für eine Trendwende pro Recyclingpapier.

## 75 Prozent haben wir bereits verloren

Artenverlust ist unwiederbringlich. In nur einem Jahrhundert haben wir jedoch mindestens 75 % der genetische Vielfalt (FAO 1996) verloren. Grund für diese Entwicklung ist die Industrialisierung der Landwirtschaft, der Anbau weniger Sorten auf großen Flächen und die Konzentration des Saatgutmarktes. In den meisten Hohertragssorten von Weizen finden wir beispielsweise Erbmaterial, das im Wesentlichen auf 2 Elternlinien zurückgeht. Durch diese Einengung der genetischen Basis werden Resistenzen jedoch immer schneller durchbrochen. Gentechnik in der Landwirtschaft löst dieses Problem nicht, da sie keine Vielfalt neuer Sorten schafft und die klassische Züchtung mit Selektion und Kreuzung im Feld nicht ersetzen kann.

Wissenschaftliche Studien belegen inzwischen den Verlust an Ernährungsqualität: So konnte z.B. nachgewiesen werden, dass der Mineralstoffgehalt bei Obst und Gemüse in den letzten 50 Jahren um durchschnittlich die Hälfte gesunken ist. (A.-M. Mayer, British Food Journal 99/6, 1997, 207-211). Die Ursachen hierfür sehen die Wissenschaftler in der Intensivierung der Bodenbewirtschaftung und der Art der Pflanzenzüchtung. Dies verwundert nicht: Bisher konzentrierte die Züchtung sich auf Ertragsmaximierung und eine ansprechende Optik der Früchte. Ein Umdenken von „Masse“ und „äußerem Anschein“ in Richtung „innerer Qualität“ ist dringend nötig.

## „Auswirkungen der Agrotechnik auf die Biodiversität - Anforderungen an eine ökologische Sicherheitsforschung“, 02.12.2004 in Berlin

Ziel der Veranstaltung wird sein, den aktuellen Sachstand zu möglichen negativen Auswirkungen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf die biologische Vielfalt darzustellen, die Diskussion zur Bewertung dieser Auswirkungen voranzutreiben und die Anforderungen an eine naturschutzrelevante ökologische Sicherheitsforschung zu benennen. Hierfür soll kritischen WissenschaftlerInnen und In-

teressierten aus den Bereichen Naturschutz sowie gentechnikfreier Erzeugung ein Forum geboten werden. Die Veranstaltung, die vom Bundesamt für Naturschutz gefördert wird, findet von 10 bis 16 Uhr in Berlin statt. Ein detailliertes Programm folgt in den nächsten Wochen. Informationen: Telefon: 030/28498425, Mobil 0177/3027718 (Steffi Ober)

## Brennstoffherstellung für 35 (!) AKW beantragt

Die Firma urenco hat den Ausbau der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) von zur Zeit genehmigten 1800t Urantrennarbeit pro Jahr (UTA/a) auf 4500 t UTA/a und den Neubau eines „Zwischen“lagers für ca. 60.000 Tonnen Uranoxid für mindestens 50 Jahre auf

dem UAA-Gelände Gronau beantragt. Damit richtet sich die *urenco* darauf ein, noch für Jahrzehnte im internationalen Atomgeschäft kräftig mitzumischen. Nach dem Ausbau wird die UAA-Gronau damit 35 Atomkraftwerke weltweit mit atomaren Brennstoff versorgen.

## Neuer Rundbrief von X-tausendmal quer erschienen (Nr. 19, Herbst 2004)

[www.x1000malquer.de](http://www.x1000malquer.de)

X-tausendmal quer informiert nicht nur über E-Mail und Internet, sondern auch und zu auch auf Papier. So ist jetzt ein neuer Rundbrief der Kampagne erschienen. Die Themen: Antiatomkraft-Argumente beim Klimaschutz, Anti-Atom vor Gericht, atompolitische Lage in Gronau

und die bevorstehenden Castortransporte, die zwischen dem 6. und 13. November im Wendland (Gorleben) erwartet werden. Der Rundbrief kann beim Büro in Kiel bestellt werden. X-tausendmal quer, Schwefelstr. 6, Hinterhaus, 24118 Kiel, Tel: 0431-210882, Fax: 0431-2108822, [info@x1000malquer.de](mailto:info@x1000malquer.de), Internet: [www.x1000malquer.de](http://www.x1000malquer.de)

## Greenpeace gewinnt Rechtsstreit um Gentechnik-Ratgeber

Fleischhersteller scheitert mit Schadensersatzforderungen. Die Klage des Fleischherstellers Hermes gegen Greenpeace wurde gestern vom Landgericht Köln abgewiesen. Hermes hatte Schadensersatz gefordert, weil der Greenpeace-Ratgeber "Essen ohne Gentechnik" vor Produkten des Unternehmens warnt. Neben 450 anderen Lebensmittelherstellern und -händlern ist Hermes von Greenpeace nach der Verwendung von genmanipulierten Pflanzen für die Produktion von Milch, Fleisch und Eiern befragt worden. Nach dem Kölner Urteil ist die Bewertung dieser Firmen im Ratgeber durch die im Grundgesetz verbürgte Meinungsäußerungsfreiheit zulässig.

„Es ist ein großer Erfolg für den Verbraucherschutz, dass Informationen über Gentechnik für Lebensmittel auch juristisch sattelfest sind“, sagt Corinna Hölzel von der Greenpeace-Verbraucherorganisation EinkaufsNetz. „Die Mehrheit der Verbraucher wünscht sich gentechnikfreie Lebensmittel und der Bedarf an Auskünften ist nach wie vor enorm groß. Wir haben bisher über 1,3 Millionen Einkaufsratgeber an Verbraucher verteilt.“

Das Gericht bestätigt, dass es Ziel des Ratgebers sei, „dem Kunden bei seinem Einkauf zu

ermöglichen, möglichst Produkte zu erkennen, deren Hersteller unter Verzicht auf Gentechnik hergestellte Erzeugnisse anbieten“. Weiter heißt es im Urteil der 28. Zivilkammer: „Die Problematik von genmanipulierten Inhaltsstoffen in der Nahrung ist aufgrund der unkalkulierbaren Gefahren, die die Gentechnik für die Umwelt und die menschliche Gesundheit bildet, von erheblichem öffentlichem Interesse.“

Greenpeace hatte Hermes seit Juli 2003 mehrfach aufgefordert, sich an der Umfrage zum Einsatz von Gentechnik in Lebensmitteln und Futtermitteln zu beteiligen. Hermes gab keine Erklärung ab und wurde schließlich in der so genannten „roten Kategorie“ aufgelistet. Diese warnt Verbraucher mit „Achtung! Hier unterstützen Sie möglicherweise den Anbau von Gen-Pflanzen“ und vereint Firmen, die Gentechnik einsetzen, und Firmen, die auch auf wiederholte Nachfragen nicht geantwortet haben. „Diese Firmen sollten das Bedürfnis der Verbraucher nach Information, Sicherheit und Qualität in Zukunft ernst nehmen“, erklärt Hölzel.

Im Greenpeace EinkaufsNetz engagieren sich bereits über 30.000 kritische Verbraucher. Sie sind gemeinsam mit Greenpeace für gesunde

Lebensmittel aktiv. Beim EinkaufsNetz gibt es neben der Information über Produkte und deren Herstellungsweisen auch vielfältige Mit-

machaktionen, um die Qualität von Lebensmitteln zu verbessern.

## DIE TARANTEL-BÜCHERECKE

*Zusammenstellung von Marko Ferst*

Günter Altner, Heike Leitschuh-Fecht, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis und Ernst U. von Weizsäcker (Hrsg.)

### **Jahrbuch Ökologie**

Das - in diesem Jahr zum vierzehnten Mal erschienene - Jahrbuch für Ökologie zielt darauf ab, über die ökologische Situation und Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt zu informieren, zur kritischen Auseinandersetzung mit der staatlichen und internationalen Umweltpolitik beizutragen und zukunftsfähige Alternativen im Umgang mit der Natur aufzuzeigen. Dazu wird ein Disput zu wichtigen umweltpolitischen Themen präsentiert, und es werden bedeutsame umweltrelevante Initiativen dokumentiert sowie positive Alltagserfahrungen im Umgang mit der Natur vorgestellt. - Schwerpunktthemen des diesjährigen Bandes sind: „Erneuerbare Energien“, „Ressourcenkonflikte“ und „Beispiele nachhaltigen Wirtschaftens“. Weitere Beiträge befassen sich u. a. mit der europäischen Umweltpolitik im Europa der 25, der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, dem Umwelt-Barometer Deutschland und Rudolf Bahro, dem spirituellen Ökologen.

Verlag C. H. Beck 2004, 288 S., 14,90€

### **Ölwechsel! Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichen für die Zukunft**

Das Ende des Erdölzeitalters ist absehbar. Wenn die Benzinpreise steigen, schäumt kurzfristig Empörung auf. Der Zorn gilt dann dem Staat und den Ölproduzenten. Aber hinter aktuellen Macht- und Wirtschaftsinteressen zeichnet sich am Horizont ein ganz anderes Problem ab: Wir stehen kurz vor dem Höhepunkt des Erdölzeitalters, und die nächste Generation wird womöglich das Ende erleben. Die Indizien sind eindeutig und widerlegen die Langzeit-Prognosen der Ölkonzerne. Es ist höchste Zeit für eine sachliche und konstruktive Auseinandersetzung mit den Fragen der nachhaltigen Einstellung auf die in Zukunft zu erwartenden Umbrüche. Das behandelt die Geschichte der Erdölproduktion und unsere Abhängigkeit von dieser Ressource, die künftige Verfügbarkeit von Erdöl sowohl geologisch wie auch politisch-ökonomisch sowie die Zukunft einer vorwiegend auf erneuerbare Ener-

gien bauenden Energieversorgung mit Szenarien und Alternativen.

dtv, 2002, 260 S., 15 €

Christian Hiß (Hrsg.) u. v. a.

### **Der GENaue Blick. Grüne Gentechnik auf dem Prüfstand**

Die Anwendung der Gentechnik ist umstritten. Viele Verbraucher sind verunsichert, nicht zuletzt weil eine fundierte Aufklärung bislang fehlt. Neben naturwissenschaftlichen und rechtlichen Fragen erhitzen vor allem ethisch begründete Zweifel die Gemüter. Der Genaue Blick besieht das Problem von verschiedenen Seiten: Ökonomen, Wissenschaftler und Juristen beurteilen die Grüne Gentechnik aus ihrer jeweiligen Fachperspektive und liefern umfangreiches Hintergrundwissen. So kann sich der Leser als frei denkender und logisch handelnder Mensch selbst eine Meinung bilden.

Ökom Verlag 2003, 155 S., 16€

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

### **Erneuerbare Energien. Investitionen für die Zukunft**

Der Band enthält einen guten Überblick über die Möglichkeiten und den Stand der solaren Energieerzeugung in Deutschland. Viele wichtige Fakten sind im Detail aufgeführt.

BMU 2004, 128 S., kostenfreie Bestellung: BMU, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 11055 Berlin, E-Mail: service @bmu.bund.de, www.bmu.de

### **Mojib Latif Klima**

Ist die Elbflut ein Indiz für den Klimawandel? Wohin führt die globale Erwärmung? Welche Schuld trägt der Mensch am Klimaproblem? Was sind die dringenden Aufgaben der Klimapolitik? Mojib Latif, Professor für Meteorologie an der Universität Kiel, ist einer der bekanntesten Meteorologen und Klimaexperten Deutschlands. Er hat zahlreiche Studien zum Klimawandel veröffentlicht und ist ein gefragter Interviewpartner im Fernsehen und Radio. Für seine Fähigkeit, komplizierte Forschungsergebnisse verständlich zu erklären, wurde er u. a. mit dem Max-Planck-Preis für öffentliche Wissenschaft ausgezeichnet.

Fischer Taschenbuch-Verlag 2004, 128 S., 8,90 €

## Informationen in eigener Sache

### Stellungnahmen zum Beitrag "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" in Nr. 24/2004

In der Nr. 24 veröffentlichten wir einen Beitrag von Götz Brandt „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“, einen Bericht über einen Erfahrungsaustausch in Bad Honnef. Zu diesem Beitrag gab es Gegendarstellungen von Saral Sakar und Jürgen Kaun, die wir a) wegen ihres Umfangs und b) deswegen, weil es auch nicht di-

rekt unser Thema ist, nicht abdruckten und auch nicht abdrucken können.

Interessenten können aber den Beitrag von Sakar „Der Gesellismus – eine kritische Würdigung“ und von Jürgen Kaun „Die freiwirtschaftliche Geldreform: Mirakel oder Debakel für die Umwelt?“ bei der Ökologischen Plattform abfordern.

### E-Mail-Verteiler der Ökologischen Plattform

*Marko Ferst*

Schon seit längerem gibt es einen kleinen E-Mail-Verteiler in dem der Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform Informationen austauscht. Des weiteren existiert ein größerer Verteiler, der parlamentarischen BAG Umwelt. Gelegentlich gibt es aber interessante Aspekte oder Texte, die nicht per Neues Deutschland, tarantel oder auf ähnlichen Wegen mitgeteilt werden können bzw. die aktuell sind und die Auseinandersetzung lohnen. Oder es existiert einen überregional bedeutsamer Termin. Für all solche Gelegenheiten ist ein E-Mail-Verteiler nützlich, zudem auch um sich stärker

an Belangen der Ökologischen Plattform beteiligen zu können. So ein Verteiler ist dann eine nützliche Angelegenheit, wenn er für einen sinnvollen Informationsaustausch genutzt wird. Jeder kann auf für ihn nützliche Informationen zugreifen oder sie selbst an andere weiterleiten. Sofern alle verantwortungsbewußt damit umgehen, kann das sehr gut funktionieren. Deshalb der Vorschlag, wer in den Verteiler der Ökologischen Plattform möchte, der schicke eine E-Mail an mich. In die Betreffzeile schreibe man „Verteiler“. Dann weiß ich bescheid. E-Mail an: marko@ferst.de

Ossis und Wessis haben die BRD nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens.

Thomas Mann, Vom kommenden Sieg der Demokratie



## Impressum für die „tarantel“

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, [oekoplatzform@pds-online.de](mailto:oekoplatzform@pds-online.de)

Die „tarantel“ ist über die Homepage [www.pds-online.de](http://www.pds-online.de) verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) abrufbar.

Ältere Papierausgaben der „tarantel“ können, so weit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

## Kontaktadressen

### Bundesebene

Ökologische Plattform  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, [oekoplatzform@pds-online.de](mailto:oekoplatzform@pds-online.de), [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)  
Manfred Wolf, Tel. 030/2411127, [manfredwolfberlin@web.de](mailto:manfredwolfberlin@web.de)

BAG Umwelt, Energie, Verkehr  
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin, Tel. +49-(0)385-5888000, [wolfgang.methling@um.mv-regierung.de](mailto:wolfgang.methling@um.mv-regierung.de)

### Bayern

PDS, Eva Bulling-Schröter, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/51086092, Fax 089/51086093, [infor@pds-bayern.de](mailto:infor@pds-bayern.de), [info@bulling-schroeter](mailto:info@bulling-schroeter.de)

### Berlin

Delia Hinz, MdA, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252594, Fax 23252539, [Delia.Hinz@pds.parlament-berlin.de](mailto:Delia.Hinz@pds.parlament-berlin.de)  
Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, [biogas-de@aol.com](mailto:biogas-de@aol.com)

### Brandenburg

AG Umwelt der PDS Brandenburg  
Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842  
Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 Münchenberg, Tel. 033432/70036, [klueck@yahoo.de](mailto:klueck@yahoo.de)  
Dr. Dagmar Enkelmann, MdL, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, [wkb-d.enkemann@t-online.de](mailto:wkb-d.enkemann@t-online.de)  
Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230  
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, [P.Ligner@t-online.de](mailto:P.Ligner@t-online.de) (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)  
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709, [erika-schulz@t-online.de](mailto:erika-schulz@t-online.de)  
Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, [marko@ferst.de](mailto:marko@ferst.de) (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF) [www.umweltdebatte.de](http://www.umweltdebatte.de)

### Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, [sand-hh@web.de](mailto:sand-hh@web.de) (SAND-Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), [www.nadir.org/sand](http://www.nadir.org/sand)

### Hessen

Ökologische Plattform Hessen  
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, [Hajo.Zeller@web.de](mailto:Hajo.Zeller@web.de)  
Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573, [ClaudiaFittkow@t-online.de](mailto:ClaudiaFittkow@t-online.de)

### Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, PDS-Fraktion, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, [B.Schwebs@PDS.Landtag-MV.de](mailto:B.Schwebs@PDS.Landtag-MV.de)

### Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen  
Eckehard Jänicke, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

### Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen  
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, [an-sa-kunze@t-online.de](mailto:an-sa-kunze@t-online.de)  
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, [im.lauter@primacom.net](mailto:im.lauter@primacom.net)  
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, [drnatke@web.de](mailto:drnatke@web.de)

### Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt  
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

### Thüringen

Tilo Kummer (umweltpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion), Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361-3772317, [kummer@pds-fraktion-thueringen.de](mailto:kummer@pds-fraktion-thueringen.de)

## linke und ökologische Medien

Tageszeitung „Neues Deutschland“  
(verantwortlich für die Umweltseite) Jörg Staude, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin, Tel. 030/29390786, [wiso@nd-online.de](mailto:wiso@nd-online.de)  
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)  
Spenden für die „tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform